

Erscheint täglich außer Montags. Abonnementspreis für Berlin: Vierteljährlich 3,20 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Eingetragten in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1891 unter Nr. 6492.

# Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 2 bis 7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verlagsort: Amt 6, Nr. 4106.

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 10. Februar 1891.

Expedition: Beuth-Strasse 3.

#### Wieder ein mißlungener Feldzug gegen die Sozialdemokratie.

Vor einiger Zeit wurde wieder einmal ein Kreuzzug gepredigt wider die Sozialdemokratie, und zwar von den Rittern des Geistes, welche Staat und Religion, Eigentum und Familie gegen den Umsturz zu verteidigen sich zur Aufgabe gestellt haben. Es wurde unter großem Aufwande vielversprechender Worte und großmäuliger Selbstherrlichkeit mächtigen Thatendranges, ein Verein für Massenverbreitung guter Schriften gegründet, der seinen Wohnsitz im Herzen Deutschlands, zu Weimar, nahm und einen „neuen Weg zur sittlichen und geistigen Hebung des deutschen Volkes“, das heißt aus dem Verblühten in's Unverblühte überseht, zur Ausrottung der sozialdemokratischen Irrlehren einschlagen wollte.

Der Verein suchte gemäß § 2 seiner Satzungen den angegebenen Zweck durch Vervielfältigung und Massenerausgabe geeigneter Schriften zu erreichen und ließ dieselben durch vom Verein selbst angestellte Kolportagehändler verbreiten.

Da es sich um die sittliche und geistige Hebung des Volkes handelte, konnte der Verein beim besten Willen nicht direkt und allein der Sozialdemokratie zu Leibe gehen, er mußte wohl oder übel dem schlimmsten und Niemandem verborgenen, für Niemanden zweifelhaften Krebsgeschaden unserer Literatur, dem Schundroman des Kolportagehandels entgegenzuwirken suchen.

Diese Nothwendigkeit gebor nun schon eine große Schwierigkeit, die vielleicht allein dazu angethan gewesen wäre, das vermeintlich so vortreffliche Vorhaben scheitern zu lassen.

Weil der Schundroman die Haupterwerbquelle des Kolportage-Buchhandels bildet, schien es dem Vorstande des Vereins gerathen, sein Unternehmen nicht den Händen der deutschen Kolportage-Buchhändler und ihren Kolportageuren anzuvertrauen, in der jedenfalls sehr richtigen Voraussetzung, daß diese Leute, welche an dem durch sie zur Verbreitung gelangenden Literaturschunde verhältnismäßig sehr bedeutenden Profit machen, keineswegs geneigt sein würden, die ihnen weniger Profit einbringenden, Sittlichkeit fördernden Schriften den so lukrativen, das Volk sittlich schädigenden Schriften vorzuziehen. Deshalb war eben, wie § 2 angiebt, beschloffen worden, die Schriftenverbreitung hauptsächlich durch vom Verein selbst angestellte Kolportageure ins Werk zu setzen. Dadurch aber zog er sich von vornherein die Gegnerschaft aller mit dem Kolportage-Buchhandel in Verbindung stehenden auf

den Hals; und diese Gegnerschaft wuchs zur Todfeindschaft, als die Organe des Vereins, in der Absicht, ihr sittliches Streben in möglichst glänzendes Licht zu stellen, die Herren Schundromanschreiber, -Verleger und -Verbreiter als ehrlos an den Pranger stellten.

War es auch mit diesen großen Worten keineswegs so schlimm gemeint, so änderte das doch an der Thatsache nichts, daß der Kolportage-Buchhandel mit all seinem Trosse den Kampf aufnahm und mit großer Energie und vielem Erfolge für seine Existenz gegen deren Bedrohung durch den Verein eintrat. Es nützte nichts, daß der Generalsekretär des Vereins, der der Sozialdemokratie wegen seiner Abstammung von einem sozialdemokratisch gesinnten Vater und infolge seiner in Leipzig und Chemnitz geübten dummdreisten Befehdung der sozialdemokratischen Bestrebungen wohlbelannte Dr. Fränkel, — in einer Broschüre über die Zwecke des Vereins behauptete, der Verein werde möglichst „brave, sanfte und fromme“ Schriften zur Veröffentlichung bringen. Unsere biederen christlich- oder israelitisch-germanischen Geistes-Vitalienhändler prüften auf Wahrheit und Frömmigkeit und verbreiteten ihre Schund- und Schandliteratur noch eifriger als zuvor.

In einem größeren Artikel über den „völligen Mißerfolg des Vereins für Massenverbreitung guter Schriften“ macht die „Deutsche Kolportage-Zeitung“ mit vieler Genugthuung und vollem Recht darauf aufmerksam, daß es die reine Thorheit seitens des Vereins war, den offenen Kampf mit einer Organisation, wie es die des deutschen Kolportage-Buchhandels ist, aufzunehmen. In dem erwähnten Artikel wird gesagt:

„Es giebt zur Zeit in Deutschland ca. 7000 Kolportage-Buchhändler, die etwa 30 000 Personen im Ganzen beschäftigen. Hat der Verein wirklich geglaubt, diese große Korporation im Handumdrehen tot zu machen, und andere 20 oder 30 Tausende geeigneter Personen für seine Absichten bereit zu finden? Der Kolportage-Buchhandel hat die Schrift des Herrn Dr. Fränkel ganz richtig als Fehdebrief aufgefaßt und hat sich sofort zum Kampf gesammelt und gerüstet.“

Zur Kennzeichnung des Mißerfolges, der den Bestrebungen des Vereins aus der Feindschaft des Kolportage-Buchhandels erwuchs, sei an dieser Stelle nur noch folgender Passus des erwähnten Artikels wiedergegeben. Derselbe lautet:

„Der Vorsteher eines der Vereine von Kolportage-Buchhändlern hat sehr bald darauf seinen Berufsgenossen in den größeren Städten Vorträge über die Absichten des Weimarer Vereins gehalten, und die Folge dieser Agitation war, daß der Kolportage-Buchhandel sich völlig fern hielt. Es ist mir bekannt geworden, daß nur zwei Kolportage-

Buchhandlungen einen nennenswerthen Absatz der Hefte des Vereins herbeiführten, welcher zusammen einige Hundert Exemplare betragen soll, und meine Vermuthung, daß der Rest der Abonnenten nur noch vereinzelt durch den Kolportagehandel und die eigenen Kolportageure des Vereins, in der Hauptsache durch den eigentlichen Buchhandel gewonnen sei, also nicht in die Schichten komme, für welche die Publikation berechnet war, wird wohl keine falsche sein.“

Wie total der literarische Feldzug des Vereins für Massenerbreitung guter Schriften gescheitert ist, geht außer dem vorstehend Mitgetheilten ganz besonders noch aus dem Umstande hervor, daß der Verein bisher für die Vervielfältigung seiner braven und frommen Schriften 18 000 M. verausgabte hat, während er nur 2000 M. durch deren Absatz einnahm, also mit Riesenschritten seinem Bankerott sich genähert hat. Aber nicht nur in finanzieller, sondern auch in literarischer Beziehung ist der Verein gleich von vornherein auf den Holzweg gerathen. Als erste Erzählung gab er den „toten Gast“ von Bisholle heraus, welchen Dr. Fränkel mit den empfehlenden Worten begleitete, er sei „durchaus gesund, spannend und fesselnd und mache einen dummen Aberglauben lächerlich.“

Ein Berliner Kolportageblatt äußert sich in Bezug auf diese Schrift, wenn man den Schundroman durch Bisholle ersetzen will, so heiße das den Teufel durch Beelzebub austreiben.

Ueber die von frommen Leuten allerdings viel verlästerte Unsitlichkeit Bisholle's wollen wir uns hier jeglicher Anklaffung enthalten. So viel aber steht fest, daß Bisholle's Erzählungen nicht mehr geeignet sind, die Massen des Volkes für eine gesunde Literatur zu erobern. Sie führen uns in eine Zeit zurück, die mindestens ein Jahrhundert hinter uns liegt; sie vertreten jenen feichten Rationalismus, der heutzutage keinen Hund mehr vom Ofen lockt und wirken jedenfalls nichts weniger als erwärmend auf Herz und Gemüth unsres Volkes.

Mit den zwei folgenden Verlagswerken des Vereins lieferte er den Beweis, daß es ihm mit der Verbreitung der Wahrheit, Frömmigkeit und Sanftmuth und mit der Ausrottung des kolportagehändlerischen Literaturschundes sicherlich bei weitem nicht so ernst war, als mit der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Diese beiden Schriften stellen sich dar als Preisnovellen, von denen die erste durch ihren bedenklichen Titel „Die Hochzeitssnacht“ auf die Neugier und Lüsternheit des großen Publikums spekuliert, während die zweite „Auf Wiedersehen“ durch ihren ganzen Inhalt darthut, daß sich der Verfasser die Kolportageromane zum Muster genommen hat und mit einer Art Räubergeschichte ganz in deren Weise bemüht ist, Effekt

#### Feuilleton.

Nachdruck verboten.

34

#### Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

Eine voll Begnadete war Fanny aber doch noch nicht; es mangelte noch Eines: das freimüthige Bekenntniß. Es war ihr unmöglich, in der Versammlung aufzustehen und für Jesus Zeugenschaft abzulegen. Nicht einmal vor Mama wagte sie zu zeugen; Mama hätte sie nur ausgelacht. Mama lachte sie übrigens schon jetzt aus. „Das ist doch ein größliches Gerüme; dünkt es Dir, daß Du jetzt auf einmal zu gut geworden bist für diese Welt?“ — „Immer diese Uebertriebenheit, da sitzt sie und läßt die Ohren hängen und ist so ergeben, daß sie nicht einmal den Mund aufmacht!“ — Sogar im Laden suchte Fanny ihre Gottesfurcht geheim zu halten. Bei Thorfeng getraute sie sich nicht ein Wort zu äußern, obgleich sie von Herzen gern Lea gerettet hätte. Ach, welch' ein schlechtes und niedriges Geschöpf sie war! Zu wissen, daß die eigenen Verwandten am Hand des Unterganges wandelten, und dennoch schweigen; schweigen ans Gesicht vor dem Spotte der Welt; o, noch hatte sie einen weiten Weg, ehe sie in Wahrheit ein Kind Gottes wurde.

Mama konnte sich doch nicht zur Ruhe setzen; noch einmal mußte sie ansprechen. Die Schuld trug Lea. Thorfeng sollte von jeder Baaranslage verschont werden; außerdem konnten sie auf andere Weise die Dachwohnung in ihrem Hause auf Thronhjemsvejen doch wohl nicht loskaufen.

Für Mama aber war alles gut genug. Sie fand sich in den Umzug um Fanny willen; diese bekam nun einen kürzeren Weg ins Geschäft. Allein über Lea ärgerte sie sich fürchterlich. „Alle Leute glauben, ich habe es nun flott, nachdem ich so einen Schwiegersohn gekriegt; ja freilich; Butter wollte ich, sagte das Weib, als sie statt dessen Fett aufs Brot bekam. Ah nein; so eine alte Mutter steht Einem nur im Weg.“

Als Andersson abreiste, wurde es über in der Ausgarmission. Die norwegischen Verkäufer ahnten ihm nach, konnten ihn aber nicht erreichen. Sie sagten dasselbe wie er, und sagten es auf schwedisch wie er; allein es war dennoch nicht dasselbe. Und dann kam der Frühling und der Sommer. Es wurde angenehmer, im Freien zu sein. In der That konnte man ja den Herrn auch dort anbeten.

Jedoch die Sonne, das Licht und die Blumen waren gefährlich; mit ihnen schlich viel Weltlichkeit in Fanny's Herz ein. Und dann geschah etwas, das ihr fast alzu viel von ihrem alten Lebensmüthe wieder gab.

Grethe Magnusen begann sie wieder aufzusuchen; dieselbe brachte ein verständiges Wesen, dem sie ihre Erzählung vorlesen konnte, sagte sie. An einem sonnenscheinigen Frühlingsvorlesung gingen sie zum Ladegaardssee, um Ruhe zu haben; als sie hinausgelangt waren, packte sie die Lust zu baden. Auf der Südseite der Insel, wo der Strand hoch und der Wald dicht ist, fanden sie einen einsamen Winkel; und da kleideten sie sich aus und stiegen ins Wasser. Sie konnten nicht schwimmen, standen nur und plätscherten und wuschen sich; dann wurden sie nimmer, bespritzten einander mit Wasser und lachten. Wald waren sie wieder droben, und während sie sich ankleideten, ließen sie die Zunge laufen. Sie lächelten sich gut aufgelegt und behaglich und plauderten

von allem Erdenklichen; zum Schluß geriethen sie auf die Verliebtheiten ihrer Kinderzeit. Es war, als ob sie sich minder schämten, nun, da sie einander nackt gesehen, und hier, in der freien Natur, unter der Sommer Sonne, wurden ihre fürchterlichsten Geheimnisse nicht mehr so groß. Sie amüsierten sich über ihre beiden edlen Kommiss; dann löste eine Geschichte die andere ab, und schließlich war es ziemlich schwierig zu entscheiden, welche von beiden in ihren Kindertagen am meisten verliebt gewesen. Grethe erzählte von einer ihrer Freundinnen, die während der Schulzeit sogar verlobt gewesen. Ordentlich verlobt. Sie hatte mit ihm Briefe gewechselt und ihn geküßt; „ja, ich verheirathe Dir!“ — „Ihu auch geküßt!“ — „Ja wohl! Nun war sie eine der feinsten Damen in der Stadt und wollte gewiß von der Geschichte nichts mehr hören; aber wahr blieb es doch. „Sihhi, denk' Dir nur, ich hatte auch einmal so schrecklich Lust, einen Knaben zu küssen,“ fuhr Grethe fort, „ja, damals war ich noch ganz klein, versteht sich... Gott, was so kleinen Mädchen alles einfallen kann; keiner von den Erwachsenen würde es glauben!“ — Fanny fiel Grethe plöthlich den Hals. Sie war so froh, daß sie laut hätte heulen mögen.

Also war sie nicht ordinär! Sie war wie die Anderen. Vielleicht hatten die meisten ebenso gefühlt wie sie! — O Gott, welches Glück! Ihre Beängstigung verlor wie Sonnenrauch in der weissen Luft und sie athmete voll und frei wie in alten Tagen. Alles war in Ordnung. Sie war eine Dame; sie war gesund; sie konnte jedermann in die Augen sehen; sie brauchte vor nichts zu schandern. Denkt Euch, sie, die herumgegangen war und sich eingebildet hatte, sie sei verloren! Daß selbst Gott kaum sie retten könne! Und nun war es nur etwas, womit auch andere Menschen sich

zu machen, ohne irgendwie sich zu bemühen, seiner Erzählung sittlichen Gehalt beizubringen. Auch mit all den übrigen Veröffentlichungen des Vereins ist es wenig oder gar nicht besser bestellt und keine von ihnen konnte es zu der mit so großem Pomp vorausgesagten Massenverbreitung bringen.

Die eben geschilderten Leistungen und Erfolge des Vereins wirkten denn auch so deprimierend auf die Mitglieder desselben, daß sich bei der ersten Generalversammlung selbst von den 67 Mitgliedern seines Hauptvorstandes nur 8 eingefunden hatten und daß in einer Schrift, die am Ende vorigen Jahres als ein „Appell an alle Freunde christlich gesunder Volksliteratur“ erschien und einen Herrn Ernst Preuß zum Verfasser hatte, aufgefordert wurde, den Verein, welcher seinen Zweck verfehlt habe, ganz fahren zu lassen und einen neuen zu gründen.

Ob nun dieser neue Verein nicht bloß mit Noth und Mühe zu Stande kommen, sondern wenigstens auch einen Anfangserfolg sich erkämpfen wird, steht dahin. Daß er es aber auch zu wirklichen Erfolgen unter keinen Umständen bringen wird, wissen wir ganz genau. Selbst wenn der Verein der jarten Andeutung der „Deutschen Kolportagezeitung“ entsprechend sich mit den Schundliteratur verbreitenden Schriftenvertriebs-Organisationen in Verbindung setzen sollte, so würde er auch dann nur auf die Dauer einen Massenabfah seiner Schriften zu erzielen und sich zu erhalten vermögen, wenn er entweder auf die Güte, Brauchbarkeit und Frömmigkeit ganz verzichtet und selbst in Schundliteratur machte, wie der Kolportagehandel von heute, oder wenn er eine dem Geiste unserer neuen Zeit entsprechende Literatur zu schaffen und zu verbreiten sich bemühen würde. Dann aber müßte er auf die hausbackene Güte, die zahme Brauchbarkeit und die stupide Frömmigkeit des israelitisch-germanischen Dr. Frankel ebenfalls verzichten, müßte dem Geiste der Zeit, dem Freiheitsfinn und den Emanzipationsbestrebungen des Volkes dienende Literatur-schöpfungen auf den Markt bringen.

Damit allerdings würde er seinen Hauptzweck nicht nur verfehlen, sondern geradezu das Gegenteil leisten, er würde nicht die Ausbreitung sozialdemokratischer Tendenzen verhindern, sondern sie fördern und würde stürzen, was er stützen will.

Also auch auf diesem Gebiet heißt es für unsere Herren Gegner die Dinge gehen lassen, wie sie eben gehen, oder den verhassten Feinden wider Willen die Bahn ebnen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Februar.

Der Reichstag beschäftigte sich heute mit einer Anzahl von Wahlprüfungen. Das Verdienst, eine heitere oder feierliche Gasse in die alte Wüstenei der bei solcher Gelegenheit üblichen Gemeinplätze und technischen Erörterungen hineingezaubert zu haben, gebührt dem sächsischen Schrecksfind Mehner, der zwar sonst kein Heldenmeister ist, dieses Kunststück aber fertig brachte. Und das Verdienst wird dadurch nicht geschmälert, daß es kein freiwilliges war. Herr Mehner hat die Sozialdemokratie „studirt“. Er hat sie „gründlich studirt“. Er hat den seligen Schuster auswendig gelernt — ob im Original oder in dem Abdruck der sächsischen Amtspresse, das wollen wir dahin gestellt sein lassen. Und heut wollte er dem Reichstag einmal zeigen, daß er seinen Schuster auch auswendig gelernt hat, und der Quartaner Karlchen Niehnd deklamirte ihn herunter von A bis Z. Das Haus war erst etwas verblüfft, er sagte aber bald die Komik der Situation, und belohnte den vergnügten Schuster-Mehner durch Beifalls-Salven, die auf sozialdemokratischer Seite am stärksten waren.

In welchem Zusammenhang diese Schuster-Rede mit der politischen Agitation der Kriegervereine stand, um welche es sich handelte, das ist das Geheimniß Karlchen Niehnd's, das ihm durch keine Frage-

Tortur abzurufen war, obwohl die Abgeordneten Barth, Auer und Bebe ihm die Daumfingerringe ziemlich hart andrehen. Der heldenmüthige Mehner — beiläufig ein Apfel, der nicht weit vom Stamme gefallen und außerdem noch Schwiegerohn Adermann's ist — war jedoch empfindungslos für alle Marter-Instrumente der bösen Reichsfeinde und verließ das parlamentarische Schlachtfeld mit der triumphirenden Miene eines Siegers. Und in der That, er hat einen großen Sieg errungen: er hat die Längeweile besiegt, drum sei diesem unbegabten Karlchen Niehnd aus dem Lande der „Gemüthlichkeit“ und des „Blümchenteppichs“ unser aufrichtigster Dank gezollt. —

Im preussischen Abgeordnetenhaus geht die Abwicklung der Geschäfte jetzt, nachdem die kleinen Konfliktsteine vom parlamentarischen Schienengeleise entfernt sind, so glatt und so rasch vor sich, daß man allgemein der Ansicht ist, die sämtlichen sogenannten „großen Reformgesetze“ würden noch vor den Osterferien unter Dach und Fach gebracht sein. Apropos — wenn das „große“ Reformgesetz sind, möchten wir einmal Kleine sehen. —

Im Reichstag ist die zu bewältigende Arbeitslast so mäßig — wenigstens quantitativ — daß die Session sich nach den Berechnungen der gewiegteren Optimisten bis festhestens in den Juni erstrecken wird. Vermuthlich wird es noch später werden, und die Möglichkeit einer zweiten Vertagung ist nicht ausgeschlossen, da der Reichstag bekanntlich in den heißen Sommermonaten nicht zusammenzukommen pflegt.

Je mehr die Arbeiten des Reichstags sich häufen, desto mehr tritt auch das Zweckmäßige unseres alten Vorschlags in die Augen: nach dem Beispiel verschiedener anderer Parlamentskörper die ganze Legislaturperiode als eine einzige Tagung zu betrachten, die je nach dem Stand der Geschäfte, durch längere oder längere Pausen unterbrochen wird. —

Die wichtigsten Nachrichten des Tages kommen heute aus der Welt der Arbeit und handeln vom Klassenkampf, der in allen Kulturländern der Erde ununterbrochen wüthet, und jetzt — unter dem Druck der Geschäftsleise, deren Kosten die Arbeiter tragen sollen, — zu einer Reihe heftiger Ausbrüche an den verschiedensten Punkten geführt hat. Die sensationellste Nachricht kommt aus Rußland. Ein Petersburger Telegramm des Londoner „Daily-Telegraph“ berichtet: Massenaustritt aus den Admiraltätswerken in Petersburg. Ueber dreitausend Arbeiter stellten die Arbeit ein. Direktor Verhoffsky wurde bei dem Versuche, die Unbotmäßigkeit zu unterdrücken, infolge seines schroffen Vorgehens schwer verletzt und der Polizeipräsident Gresser verhöhnt. Selbst die veröhnlichen Versuche des Großfürsten Sergius, die Aufregung zu beschwichtigen, blieben wirkungslos. Da gesürchtet wurde, die Ausständigen würden die Werfte in Brand stecken, wurde Militär requirirt, welches die Arbeiter zerstreute und die Rädelsführer verhaftete. Die Behörden sind geneigt, den Vorgang als einen Theil eines weitverzweigten politischen Komplotts zu betrachten, welches nur mangels gleichzeitigen Vorgehens der übrigen Werkschmörder scheiterte. Jedenfalls wurden die Vorsichtsmaßregeln zum Schutz des Jaren verdoppelt. —

Nun — das klingt recht russisch, Polizei, Soldaten, Komplott u. s. w. In despotischen Ländern, wo nur die Gewalt gilt, nimmt naturgemäß jede Bewegung einen gewaltsamen Charakter an. —

Aus Großbritannien erfahren wir, daß der Streik von Cardiff einen immer größeren Umfang annimmt und sich schon auf verschiedene andere Hafenstädte ausgebreitet hat. Und wenn nicht ein Ausgleich gefunden wird, so ist zu erwarten, daß nicht bloß ein allgemeiner Vorkerstreik entsteht, sondern daß auch die Bergarbeiter- und andere nicht direkt betheiligte Arbeiter-Organisationen in den Kampf hineingerissen werden. Die englischen Arbeiter werden sich unter keinen Umständen die stückweise Lohnsenkung der Trades-Unions durch die Kapitalisten gefallen lassen und lieber die Schlacht auf der ganzen Linie und mit allen Streitkräften beginnen. Das würde freilich ein titanisches Ringen sein, wie die Welt es noch nicht erlebt. —

nicht vergessen, ihm zu danken für seine große Liebe, daß er uns gerettet habe wie einen Brand aus dem Feuer. . . . Dorthe und die Andern dankten ihr aufs Wärmste für ihre Zeugenschaft, und das nächste Mal wagte sie auch in der öffentlichen Versammlung sich zu erheben.

Hier ging es noch besser; es war, als spanne es ihre Kräfte an und ermuntere sie, daß so viele zuhörten. Gegen Schluß des Meetings beglückwünschten sie mehrere der Freunde; Andersson drückte ihr die Hand. Sie trat von da an mehreremale auf und mußte mit Dank gegen Gott anerkennen, daß sie sich gut durchhalf; es gab welche, die geringere Anwandlungen hatten. Sie erregte auch Aufmerksamkeit; einer der Brüder wollte durchaus die liebe Schwester heimbegleiten, und Andersson sagte ihr eines Abends ein paar aufmunternde Worte, was eine ganz einzig dastehende Auszeichnung war.

Sein Besuch in der Stadt fiel diesmal nur kurz aus. Acht Tage nach seiner Abreise erhielt Janny einen Brief von ihm. Sie wurde fast unerlaubt stolz; doch war der Brief ein bißchen wunderlich. „Geliebte Janny“ — na, das hieß im Herrn geliebt; dann kam eine ganze Menge von Dingen, die ganz nett klangen; aber plötzlich schlug er ihr vor, sie sollten einander Du schreiben. . . . Das war fast zu viel. Einander Du schreiben. . . . Damit wir über würdigere Gegenstände korrespondieren können? Was in aller Welt meinte er damit? Gab es würdigere Gegenstände als den einen großen: Erlösung durch Jesum?

Je mehr sie an den Brief dachte, desto wunderlicher fand sie ihn. Zweifel erwachten in ihr; sollte irdische Liebe dahinter stecken? Komte es sein, daß man nicht einmal Andersson trauen durfte? Abscheuliche, unerträgliche Gedanken kamen ihr; sie mußte Hilfe haben; sie ging zu Dorthe mit dem Brief.

Dorthe las ihn und begann zu lachen. „Du. . . bildest Dir doch nichts ein. . . wegen dieses Briefes?“ sagte sie; aber das Lachen klang etwas angefaßt. — „Nein, aber —“ — „Zeige ihn nur niemand! unterbrach sie Dorthe kalt; sie würden glauben, Du seiest Narrisch.“ — „Nein, Du kannst Dir vorstellen, ich habe nie daran gedacht,“ versetzte sie ganz roth; „aber dünkt Dir nicht —.“ — „Er

Und wer die Streiks macht, das lehrt uns der Ausstand von Thalhaim in Sachsen: die nimmerfette Begehrlichkeit der Bourgeoisie führte zu der Bismarck'schen Schutzoll-Politik, die ihrerseits das Ausland zu Repressalien zwang. Speziell durch die Mac Kinley-Bill ist der sächsischen Ausfuhr nach Amerika zu den bisherigen Preisen ein Niegel vorgeschoben. Soll weiter ausgeführt werden, so muß billiger produziert werden. Und dafür kennt der Fabrikant nur ein probates Mittel: Lohnreduktion. Nun waren aber die bisherigen Löhne schon Hungerlöhne — schadet nichts — die Fabrikanten brauchen die Ausfuhr, sie wollen Profite haben, und aus dem Munde der Arbeiter muß Gold herausgepreßt werden. Die Arbeiter erklären: sie können nicht für geringeren Lohn arbeiten ohne zu verhungern, — und so ist der Streik ausgebrochen, der alte Satz: „Die Könige rasen und die Völker haben es zu büßen“, lautet heute:

Die Kapitalisten rasen, und die Arbeiter haben es zu büßen.

Die Bourgeoisie will die Kosten ihrer anarchischen Tollheiten den Arbeitern aufwälzen. —

Wie gering das Vertrauen der herrschenden Klassen in den Bestand der europäischen Staatenordnung ist, das erhellt aus der komischen Wichtigkeit, welche der Ministerkrise in Italien von der gesammten diplomatischen Welt und von allen alten Parteien beigelegt wird. Daß die Beseitigung eines einfachen Individuums und noch obendrein eines so mittelmäßigen wie Crispi es unweifelhaft ist, überhaupt als hochpolitisches Ereigniß aufgefaßt werden konnte, ist an sich schon ein Beweis für die Ungeundheit der Lage. In den Vereinigten Staaten, die wir jedoch sonst nicht loben wollen, sind innerhalb der letzten 25 Jahre zwei Präsidenten gewaltsam — durch Mord — aus ihrem Wirkungskreis und von der politischen Bühne entfernt worden, ohne daß dies — trotz der ergreifenden Tragik der zwei Ereignisse — die politische Welt mehr bewegt hätte als das leise Wehen eines Zephyrs. In Amerika, das wußte und weiß Jeder, ruht der Staat auf einer so festen Grundlage, daß die Beseitigung oder der Tod eines Individuums, und wäre es der höchste Beamte im Staat, den Gang der Dinge in keiner Weise berührt, und für den „Kurs“ der Politik ebenso belanglos ist, wie für den Kurs eines Wagens, ob ein Gumpfed oder das andere darauf sitzt.

Als es bekannt wurde, daß Rudini der Nachfolger Crispi's werden sollte; durchforschte man eifrig das Vorleben des Mannes und mit wahrhaft kindlichen Freude-Ausbrüchen begrüßten unsere Patrioten die Entdeckung, daß Rudini vor Jahren einmal den Dreibund gelobt hat.

Nun, die Bejubler dieser Entdeckung haben thatsächlich dem Dreibund das denkbar schlechteste Zeugniß ausgestellt, indem sie durch ihren Jubel ungewollentlich verriethen, welche niedrige Meinung sie von diesem diplomatischen Kartenhaus haben.

Uebrigens hat Herr Crispi seinem deutschen Leidensgefährten auch das samose lo roi ma reverra — der König wird mich wiedersehen — nachgeahmt und bei der Abreise von Rom seinen Freunden gesagt: In drei Monaten bin ich wieder zurück! Vermuthlich wird auch der italienische Bismarck seine Worte hintennach ableugnen — und gewiß ist, daß auch er die Unwahrheit gesagt hat. „Staatsmänner“, die so gründlich abgewirtschaftet und ein so großes geichis (Wirrwisch) hinterlassen haben, wie diese beiden, kehren nicht zurück. —

Gerade als wir Vorstehendes geschrieben hatten, kam uns ein Wolff'sches, also halbamtliches Telegramm zu Händen, also lautend:

„Petersburg, 8. Februar. Die „Nowaja Wremja“ sagt: Der Sturz Crispi's, der Rücktritt Waldersee's und die Ankunft des Erzherzogs Franz Ferdinand (in Rußland) dürfte zusammengekommen als beste Gewähr eines Friedens gelten.“

Nun kann die Welt ruhig sein. Auf solcher Grundlage ist der Friede gewiß sicher! Ein künftiger Kulturhistoriker, der den Stand europäischer Staatskunst am Ende des 19. Jahrhunderts schildern will, wird dieses Telegramm trefflich verwenden können. —

Das amerikanische Schwein verursacht der Reichsregierung noch immer böse Kopfschmerzen. In der „Frankfurter Zeitung“ lesen wir:

schreibt allen Menschen; er kann nicht jedes Wort so genau abwägen. . . . Bitte, da hast Du. Sei nur nicht so verrückt!“ —

Janny fühlte sich bestärkt in ihrem Zweifel und verlor den Glauben an Andersson.

Sie verlor zugleich damit das Interesse für die Ansgarmission. Nach und nach hörte sie ganz auf, die Erbauungsstunden zu besuchen. Sie konnte nicht länger ruhig den Männern des Geistes trauen, welche dort sprachen. Es war durchaus nicht ausgemacht, daß sie bloß daran dachten, die Seele zu retten. Man konnte sich auf niemand anderen verlassen als auf Gott selbst. An ihn wollte sie sich halten. Dorthe war ohne Zweifel gleichfalls lauer als vorher; sie war auch gegen Janny kühler geworden. —

— Allein nach und nach, sowie der Glaubenseifer erlaltete, kam die Peere. Janny langweilte sich. Sie hatte es so gut gehabt; nun mußte sie nicht, was sie an Stelle des Verlorenen sehen sollte.

Die Langweiligkeit des Ladens senkte sich mit verdoppeltem Gewicht auf sie herab; sie hatte kein Mittel zu widerstehen. Was in aller Welt sollte sie anfangen? Dasjenige, wovon sie sonst geträumt, war weggeschleudert und aufgegeben. Mitten in ihrer Jugend stand sie da wie ein blattloser Baum. Nicht einmal die Freier waren gekommen; sie hatte eine Zeitlang gefürchtet, es würden dorer zu viele kommen. Nicht einer war gekommen außer dem Tod von Lübeck, und es würde auch keiner kommen. Keiner, um den sie sich scheerte. Sie würde wahrscheinlich so lang hinter dem Bادتischen stehen, bis sie der Geschichte überdrüssig ward und einen Wassad heirathete. So endete wohl das Lied und ihr großer Muth.

Wer kümmerte sich aber um ein armes Mädchen, welches da stand und Gern und Leinwand verkaufte! Ihre Pläne würden Enttäuschungen werden, ihre Hoffnungen würden in Rauch aufgehen. Wenn die Liebe einmal in ihrem Herzen Einzug halten wollte, so würde auch diese sie betrogen. Sie wußte es. Sie sah es. Gottlob, daß sie an Gott sich halten konnte; er verlieh sie nicht. Aber nun war sie so einsam geworden.

(Fortsetzung folgt.)

„Wenn man der „Politischen Korrespondenz“ glauben soll, ist die große Reichstagsdebatte über das Verbot der Einfuhr von amerikanischen Schweinefleisch u. s. w. eine ebenso große Komödie gewesen. Das Junglein an der Waage, Herr Windthorst, erklärte bekanntlich, er und seine Getreuen stimmen für die Aufrechterhaltung des Verbotes, im Vertrauen auf die Regierung, welche das Einfuhrverbot gewiß aufheben würde, sobald die dafür angeführten sanitären Gründe gegenstandslos geworden seien. Herr von Bötticher hat nun bekanntlich in drei Reden damals erklärt, daß das amerikanische Schweinefleisch nach wie vor gesundheitsgefährlich sei — eine Behauptung, die seither glänzend widerlegt worden ist — und Herr Windthorst hat daraufhin gegen die Aufhebung des Verbots gestimmt. Nun bringt die „Pol. Korr.“ von ihrem Berliner Offiziosus die Enthüllung, daß die Regierung dem Antrag auf Aufhebung des Verbots „prinzipiell nicht entgegen war und schon lange die Absicht hegte, eine Milderung in Bezug auf die Sperre eintreten zu lassen.“ Wenn dem so war, warum hat dann Herr von Bötticher so sehr gegen die amerikanischen Schweine gewettert? War das politisch ehrlich gehandelt? Die Regierung beruft sich, nach der „Pol. Korr.“, auf ihren guten Willen, dessen Ausübung an dem Widerstand des Reichstags gescheitert ist. Der Reichstag wieder beruft sich, durch den Mund des Herrn Windthorst, auf die Regierung. Wo soll dieses unwürdige Beständenspiel hin führen?

Sollte Herr von Bötticher, seit der fatalen Belehrung, die ihm durch den amerikanischen Dr. Salmon zu Theil geworden ist, doch gemerkt haben, daß das Volksgesundheits-Argument für die Fleischverhinderung ihn selbst und die ganze Regierung arg kompromittirt?

Die französische Republik kann sich noch dann und wann den Luxus einer Amnestie für sogen. politische Verbrecher erlauben, was Regierungen, die nicht an ihre eigene Stärke glauben oder vom Bewußtsein ihrer Nichtstärke durchdrungen sind, sich selbstverständlich nicht leisten können. Die Kommunisten sind bekanntlich schon seit länger als einem Jahrzehnt amnestirt — wohl gemerkt nicht begnadigt; denn es ist ein wesentlicher Unterschied zwischen Amnestie und Begnadigung, insofern diese die Annahme der Schuld des Verbrechers einschließt, wohingegen diese Annahme für die Amnestie nicht besteht. Seitdem hat die Republik mehrere weitere Amnestien erlassen, und von der Kammer hat außerdem die Regierung Vollmacht erhalten, Verurtheilten in politischen Prozessen Straferlass oder Strafverkürzung zu gewähren. Von dieser Befugnis hat die französische Regierung soeben einen sehr lobenswerthen Gebrauch gemacht, und dem „Nihilisten“ Pavrenius, der vorigen Sommer in dem bekannten, von russischen Spionen eingefädelten Verschwörungsprozeß zu 3 Jahren Gefängnis verurtheilt ward, den Rest seiner Strafe erlassen. Das wird „Väterchen“ nicht sonderlich gefallen, und zeigt, daß in Frankreich die unwürdige „Wettrennerei“ vor Rußland auch bei der Regierung in Mißkredit zu kommen beginnt.

Bezüglich der Reise in der Schweiz nimmt der „Crittianer“, das Organ des Critikervereins, Stellung gegen den Beschluß der Arbeiterkonferenz vom 25. Januar, welcher dahin ging, die Feier am 1. Mai abzuhalten — und empfiehlt dafür den ersten Sonntag im Mai. Allen Erwarten nach wird eine Einigung dahin stattfinden, am 1. Mai nur Volks- und Arbeiterversammlungen abzuhalten, auf den folgenden Sonntag aber die öffentlichen Anzüge und sonstigen Massentandgebungen zu verlegen.

Wie's in Rußland hergeht, unter „Väterchen“, mildem Exzerier (der abwechselnd — der Urbedeutung nach — Knüttel und Knute ist), das zeigt eine Mittheilung der „Times“, welche wir nach der „Frankf. Bzt.“ nachstehend veröffentlichen:

Tortur im Warschauer Gefängnis. In Ende des Jahres 1888 wurden in Warschau etwa 50 Personen verhaftet, unter der Anklage, einer geheimen Gesellschaft zum Umsturz der gegenwärtigen Regierung anzugehören. Richtig scheint zu sein, daß dieselben Mitglieder der bekannten polnischen, sozialrevolutionären Verbindung „Proletariat“ waren, da aber eine ordentliche Gerichtsverhandlung nicht stattgefunden hat, so läßt sich freilich auch dieses nicht mit Sicherheit behaupten. Die Gendarmen führen die Untersuchung so lange wie möglich — die Herren beziehen nämlich während einer solchen politischen Untersuchung das doppelte Gehalt — schiebt die Akten nach Petersburg und dort wird von den Ministern des Innern, der Justiz, sowie dem Direktor des Polizeidepartements das Urtheil gefällt. Die Angeklagten werden nie regelrecht verurtheilt und haben keine Gelegenheit, sich zu verteidigen. So sind denn auch, wie die „Times“ mittheilt, von den erwählten Polen 48 zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurtheilt worden, entsprechend einem jüngst ergangenen ministeriellen Rundschreiben, welches Gefängnisstrafe an Stelle der Verbannung nach Sibirien empfohlen hat, doch sollte die härtere Gefängnisstrafe nicht mehr als die Hälfte der Verbannungsstrafe ausmachen, welche für diese ohne ordentliches Gericht Verurtheilten nach einem noch unter Boris Miklow erlassenen Befehl nicht mehr als 3 Jahre betragen soll. Trotzdem sind von den oben erwähnten Angeklagten vier, nämlich der Schlosser Anton Selzer, dessen Bruder Napoleon (ein Weber), die Journalisten Louis Teplik und Boleslaw Handelsmann zu fünf Jahren Gefängnis verurtheilt worden, während die Studenten Louis Kalkschinski und Kasimir Gzemplinski vier Jahre erhielten. Die Uebrigen wurden mit 1 bis 2½ Jahren Gefängnis bestraft. Louis Teplik, welcher nicht einmal der Partei „Proletariat“ angehört hat, erhielt offenbar nur deshalb, weil er Jude ist, die härteste Strafe. Die Gefangenen sind während ihrer mehrjährigen Haft seitens der als Untersuchungsrichter fungierenden Gendarmen-Offiziere einer förmlichen Tortur unterworfen worden. Einer der Angeklagten, der Privatlehrer Ladislaw Gulsbert, hatte hochgradiges Fieber, allein trotzdem regten ihn die Wächter noch mehr auf, indem sie während der Nacht alle halbe Stunde mit großem Geräusch in seine Zelle kamen, ihn bisweilen aus derselben vor den Obersten Wachenmann schleppten, in der Erwartung, daß er im Delirium vielleicht etwas ansprechernd würde. Der Mann wurde zuletzt verrückt und mußte in ein Irrenhaus gebracht werden. Nachdem dies Napoleon Selzer erfahren hatte, suchte er die übrigen Gefangenen vor geschickten Ausfragen ihres Genossen zu warnen, was ihm auch gelang. Dafür wurde Selzer chikanirt, und als er, nachdem seine Beschwerden unbeachtet geblieben waren, sich weigerte, seine Zelle zu verlassen, wurde er gewaltsam aus derselben gerissen, in eine dunkle Zelle gesteckt und gesperrt. Ein anderer Gefangener, Ferdinand Jaleski, welcher sich geweigert hatte, den Denunzianten gegenüber den Arbeitern in den Warschauer Fabriken zu spielen, wurde ebenfalls gepeinigt, wobei gleichzeitig an ihn Fragen gestellt wurden, während der Oberst Bielowowski mit Papier und Tinte versehen an einem Tische saß, um Alles gleich zu Protokoll zu nehmen. Jaleski hielt jedoch die Tortur aus, ohne eine Frage zu beantworten. Da die Behörden fürchteten, daß die Nachricht von der Anwendung der Tortur ernste Unruhestörungen herbeiführen könnte, wurde lange Zeit jeder Verkehr der Ge-

fangenen mit der Außenwelt verboten, und erst im Augenblick, als die Verurtheilten aus Warschau nach ihrem Bestimmungsorte fortgeführt werden sollten, durften sie ihre Freunde sehen. Diese haben nun einen Delegirten nach England geschickt, um über die Vorgänge in dem Warschauer Gefängnis der Presse im Westen Mittheilungen zu machen.

So weit die Mittheilungen der „Times“. Und können gebildete, nicht bis zum Stumpfsinn verhärtete Menschen solche Zustände geduldig ertragen? So fragen wir jeden Menschen, der überhaupt noch einen „politischen Nerv“ hat, — der denken und fühlen kann. —

**Neueste Nachrichten.** Aus Kopenhagen wird heute Nachmittag telegraphirt: Ein großer Tischlerausstand steht bevor, welcher dadurch veranlaßt wird, daß 21 Arbeitgeber das gegenwärtige Lohnregulativ kündigten. Gestern hielten 700 Tischlergesellen eine Versammlung ab, auf welcher sie allgemeine Arbeitseinstellung in Aussicht stellten.

Ein Telegramm aus London besagt: Wie aus Kairo gemeldet wird, ist eine sehr wichtige archäologische Entdeckung westlich von Theben (Egypten) gemacht worden. Es wurde nämlich die wohlerhaltene zweistöckige Gruft der Hohenpriester Ammon's 25 Meter unter der Erdoberfläche aufgefunden. Bisher wurde nur das untere Stockwerk ausgegraben, wo man auf 240 Sarkophage fand. Der älteste derselben datirt vom Jahre 2600 vor Christo. Hunderte von Papyrusrollen und zahllose Statuetten und Zierrathe wurden vorgefunden.

Mit dem Irrelehrenmann muß es wirklich schlecht stehen. Hat er denn keine Freunde, die ihn beaufsichtigen? Jetzt verlangt er gar die Abhebung unseres Redakteurs und warum? Weil wir ihn und seine Irrelehren ausgelacht haben. Ja, wenn er alle Redakteure absetzen will, die des gleichen Verbrechens schuldig sind, dann werden die meisten Blätter seiner eigenen Partei bald redakteurlos sein. Apropos — über die Entstehungsgeschichte der „Irrelehren“ haben wir authentische Mittheilungen erhalten, so kurzlos und sensationeller Natur, daß wir dieselben vielleicht gelegentlich veröffentlichen. Inzwischen macht unser Irrelehrenmann wohl praktische Studien im Entfernen von Wäschezeichen. —

## Briefe aus Frankreich.

Paris, den 26. Januar.

Das amtliche Blatt veröffentlicht eine Verfügung vom 22. Januar, welche neben dem Ministerium des Handels, der Industrie und der Kolonien einen obersten Arbeitsthat zu errichten. Der erste Gedanke eines vertretenen Organs der Arbeit stammt von den Anhängern der Phalanx Fourier's, welche ein solches seit 1840 unter der Form eines Ministeriums, gleichmäßig Ministerium des Fortschritts genannt, forderten.

Uebernommen und fortentwickelt von Louis Blanc, steht das „Ministerium der Arbeit“ nebst der „Organisation der Arbeit“ auf den rothen Fahnen, mit welchen das triumphirende Volk am 25. Februar 1848 auf dem Stadthausplatz steht. Aber einmal in den verrätherischen Händen der provisorischen Regierung, kam es nur zu der ohnmächtigen Arbeiter-Redeformation im Luxemburgpalast.

Die Kommune von 1871 sollte in ihrer Eigenschaft als erste Arbeiterregierung diesen sehnlichen Wunsch der Arbeiter von Paris verwirklichen. Sie organisierte gleich am 25. April eine Kommission der Arbeit, umfassend Industrie und Handel, welche sich aus Malou, Frankel, Theil, Dupont, Korral, Koffen-Pinson, Eug. Gérardin und Buget zusammensetzte. An ihre Stelle trat bald ein Delegirter für die Arbeit oder den Handel, welcher Des Frankel wurde.

Die Frage wurde von neuem 1887 durch Camille Maupail, Abgeordneter des Departements Var, aufgenommen, welcher — übrigens ohne Erfolg — einen Gesetzesvorschlag einbrachte, in dem die Regierung aufgefordert wurde, ein neues Ministerium zu schaffen. Es sollte den Titel „Ministerium der Arbeit“ erhalten, und seine Kompetenz sollte sich auf die Arbeitergesetzgebung, Organisation der Arbeit (Gewerkschaften, Arbeitervereinigungen, Arbeiterschiedsgerichte, Pensionsklassen u. s. w. u. s. w.) erstrecken.

Ebenso wurde 1889 ein Vorschlag Millerand's und einer Anzahl seiner Kollegen zurückgewiesen, obgleich er sich auf die Ernennung eines Arbeitsthat beschränkte, welcher über alle augenblicklich durchführbaren Reformen berathen werden sollte.

Städtlicher erreichte M. Mesureur im vergangenen November, daß die Kammer in Form einer Bewilligung von 25 000 Fr. für einen obersten Arbeitsthat stimmte, dessen Organisation sie der Sorge der Regierung überließ. Die Sozialisten haben sich gewiß keinen Illusionen über das zukünftige Institut hingeben.

Zu der Schweiz beschloß man vor mehreren Jahren, ein Arbeitsthat einzurichten. Man wandte sich an die Arbeiter und ihre Vereinigungen und beauftragte sie mit der direkten Wahl ihres Delegirten neben den öffentlichen Gewählten.

Wir wußten alle, daß unsere dritte Bourgeoisrepublik nicht so weit gehen würde, und daß die Arbeiter niemals berufen würden, durch Wahlen den obersten Arbeitsthat zu bilden. Aber man dürfte doch wenigstens hoffen, daß die Syndikatskammern — und sie doch auf Grund eines Gesetzes gewählt und haben eine gesetzliche Existenz — in der Weise wenigstens zugezogen würden, daß man sie aufforderte, dem Minister des Handels, der Industrie und der Kolonien Kandidaten zur Wahl oder Auswahl vorzuschlagen.

Zedenfalls war es selbstverständlich, daß, ebenso wie der oberste Rath des Handels und der Industrie nur Handel- und Gewerbetreibende umfaßt, wie der oberste Landwirtschaftsrath nur Landwirthe umfaßt, auch der oberste Arbeitsthat ausschließlich aus Arbeitern im proletarischen Sinne des Wortes bestehen würde.

Statt dessen haben sich unsere Reiter nicht allein die Ernennung aller Mitglieder des sogenannten Rathes vorbehalten, sie haben sogar ein Drittel desselben aus Unternehmern, ein weiteres Drittel aus Abgeordneten gebildet und dann haben sie noch zweifellos aus Furcht, daß diese arbeitsthatfeindliche Zweidrittel-Majorität nicht genügen möchte, die Stimme einiger in diese Kategorie geschickter Arbeiter zu erheben, dem Rath unter dem Titel „Mitglieder von Rechtswegen“ sieben Beamte der verschiedenen Ministerien und die Präsidenten der Handelskammer und des Handelsgerichts beigeordnet.

Wenn man wenigstens unter den auf diese Weise in den Rath gekommenen Abgeordneten einige von denen sähe, welche Beweise von Sachverständnigkeit und gutem Willen für die Arbeiter tragen abgeliefert haben. Aber nein. Nicht ein einziger der Gewählten des M. Jules Roche ist der sozialistischen Gruppe entnommen. Weder Ferroul, noch der Mechaniker Dinnay oder der Weber Pachy, weder der Porzellanarbeiter Baubin, noch der alte Bergmann Fhorier. Nimmt man den mit Weichwasser getauften Sozialisten de Mun aus, so sind alle die zu Arbeitsthaten un-

gewandelten Parlamentarier systematische Gegner jedweder sozialen Einmischung zu Gunsten der Arbeiter.

Da ist Leon Say, der verlangt, man solle M. de Rothschild, dessen Faktotum er ist, ruhig gewähren, ruhig durchschlafen lassen; da ist Bihaut, der ehemalige Minister, welcher mit Bajonetten und jahrelangen Gefängnisstrafen gegen die streikenden Bergleute von Decazeville vorging; da ist Burdeau, welcher auf der Berliner Konferenz für die jede Begrenzung des Arbeitstages der Erwachsenen ablehnende Vorfrage eintrat; da ist Challemel-Lacour, welcher mit Ferry um die Wette „die von links drohende Gefahr“ aufmarschiren ließ, da ist Chevenet, unser Puttkamer, u. s. w. u. s. w.

Ein so aufgeschaffter Arbeitsthat hat nur einen Namen: er ist eine oberste Mystifikation.

Nach den Ausdrücken des Berichtes, welcher dem ihn einsehenden Dekret folgt, soll er sein „ein Mittel zum Studium, um die Vorschläge durchzuprüfen und die Lösungen den Kammern zu unterbreiten“, und zugleich „ein gleich schnelles und sicheres Mittel, um Aufschlüsse über alles, was Arbeiterfragen betrifft, zu empfangen.“

Und zwar wird die „Aufschlüsse“ über die Elaven der Schienenwege, ihre Lage und Forderungen ein Direktor des Wagen- und Lokomotiven-Materials der Paris-Lyoner Eisenbahn, M. Henry, ertheilen; über die Bauhandwerker besorgt dies der große Unternehmer Bertrand, Präsident der Syndikatskammern der Patronen, über die Schneider und Näherinnen von Paris der Verwalter der Magazine de la Belle Jardinière, M. Boffaud.

Wahrscheinlich, es ist sehr vielversprechend für die Arbeiter, daß man sich unter Vermittelung ihrer direkten Brotgeber nach ihrer Lage erkundigt.

Was nun die Arbeiter betrifft, welche man, 16 Mann stark — von 60 — zugezogen hat, um sie als Decanatsrat für diesen wahrhaftigen Rath für den Krieg gegen ihre Klasse zu gebrauchen, so verdienen 6 oder 7 von ihnen — und dazu gehört auch Yaminon, der hingebende Sekretär der Grubenarbeiter des Pas de Calais — diese Beleidigung nicht. Die anderen sind größtentheils nichts weiter, als Possibilitäten niederen Schlages.

Ich weiß deshalb nicht, wie sie sich zu der Rolle der Betrogenen oder der Mithuldigen, die man ihnen zugedacht hat, stellen werden. Alles, was ich weiß, ist, daß sie, wenn ihr Klassenbewußtsein noch nicht völlig erloschen ist und sie sich nicht durch das „Präsenzgeld“, welches ihnen dieses wunderbare Dekret verspricht, „hypnotisiren“ lassen, schleunigst ihren begründeten Austritt anzeigen werden. —

In Anknüpfung an die Diskussion über die letzte Katastrophe in den Gruben von St. Etienne, welche die Kammer drei Tage lang beschäftigte, hatte der Bürger Ferroul in Uebereinstimmung mit dem Nationalrath der Arbeiterpartei die nachfolgende Tagesordnung eingebracht, welche 62 Stimmen auf sich vereinigte.

Unsere Enteignungsideen gewinnen an Boden — selbst im Palais-Bourbon.

In Erwägung, daß, solange die Kohlengruben im Besitze von Leuten sind, welche sie nicht selbst ausbeuten (motors en valeur), das Streben nach Gewinn jede Sicherheit für die in ihnen verwendeten Arbeiter vernichten wird;

in Erwägung, daß ein Widerstreit der Interessen besteht, zwischen den Aktionären, welche möglichst viel möglichst billig, d. h. mit möglichst wenig Schutzvorrichtungen zu produzieren suchen, und den Arbeitern, welche wünschen, daß alle Schutzmaßregeln so ausgedehnt, wie möglich getroffen werden;

in Erwägung, daß dieser Widerstreit, welcher allen jenen Unglücksfällen, wie denen von St. Etienne zu Grunde liegt, nicht eher verschwinden kann, als bis die Gruben anhörens ein Mittel zur Erzeugung von Dividenden oder Gewinnen in den Händen von Privatbesitzern zu sein, und die Gesellschaft sie zurückfordert, um sie gesellschaftlich auszubenten,

beschließt die Kammer:

daß der Zeitpunkt da ist, die Kohlengruben der Nation zur Verfügung zu stellen;

bis zur endgültigen Vollendung dieser Umbildung fordert sie in Erwägung der bis zum heutigen Tage mangelhaft durchgeführten Ueberwachung durch die Staats-Ingenieure und Grubenwächter;

in Erwägung, daß allein die Grubenarbeiter mit Hilfe ihrer Delegirten für ihre eigene Sicherheit Vorkehrungen treffen können;

den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten auf, einen Gesetzesentwurf einzubringen, welcher dahin zielt:

1. die Befugnisse der für die Sicherheit der Grubenarbeiter Delegirten zu vermindern;

2. ihnen eine feste, monatliche Entschädigung zuzuschicken, welche sie unabhängig von den Gesellschaften macht und ihnen gestattet, sich ganz ihrem Mandat zu widmen.

Jules Guesde.

## Korrespondenzen und Parteinachrichten.

**Brannschweig, 8. Februar.** Das im Verlag von F. Wille in Brannschweig erscheinende humoristisch-satirische Feuilleton „Ausschied vom Sozialistengesetz“, das auch in Berlin zahlreiche Verbreitung fand, wurde am 7. Oktober auf Antrag der Staatsanwaltschaft zu Stahfurt beschlagnahmt, und die Untersuchung gegen den Verleger wegen Verletzung der Prezensur eröffnet. In einem Artikel des genannten Blattes: „Wie konnte man das Christenthum in seiner Wurzel vernichten? Eine juristische Abhandlung“, soll Gott in der Person Christi öffentlich in beschimpfenden Ausprägungen gelächert und hierdurch ein Vergerniß gegeben sein. Der Verleger nannte bei seiner Vernehmung auf dessen Wunsch den Verfasser des Artikels, den Schriftsteller S. Koloski, gegen den hierauf seitens der Staatsanwaltschaft in Brannschweig die Anklage erhoben wurde. Durch Beschluß des herzoglichen Landgerichts, Strafkammer II, ist jedoch nunmehr der „von der Staatsanwaltschaft in der Anklageschrift gestellte Antrag das Hauptverfahren wegen Vergehens gegen § 166 des N. St. G. B. zu eröffnen, abgelehnt und der Angeklagte, unter Uebernahme der Kosten auf die Staatskasse, außer Verfolgung gesetzt.“ Die „Gründe“, die zu diesem Beschluß führten, dürften wohl allgemeines Interesse beanspruchen, und wir lassen sie hier folgen:

Das für die Beurtheilung der Schuldfrage erforderliche tatsächliche Material liegt vor; eine Vernehmung oder Veränderung derselben durch die Hauptverhandlung steht nicht zu erwarten. Insbesondere ist auf Grund des Geständnisses des Angeklagten als festgestellt anzunehmen, daß dieser — ein in der praktischen Politik als Redner und Schriftsteller thätiger Sozialdemokrat — den unter Anklage gestellten Artikel verfaßt und in der behaupteten Weise veröffentlicht hat. Auch leider ist nach Lage der Sache wohl keinen Zweifel, ist auch in der Anklage nicht weiter zum Beweise verurtheilt, daß der Inhalt jenes Artikels verschiedenen Personen ein Vergerniß gegeben habe. Die Anwendung des § 166 N. St. G. B. hängt also lediglich noch von der Entscheidung der Frage ab: ob der Artikel eine „Verächtlichmachung Christi in beschimpfenden Ausprägungen“ enthalte. Diese Entscheidung läuft auf eine Auslegung des Sinnes des Artikels, verbunden mit einer rechtlichen Würdigung jenes gesetzlichen Thatbestands-Moments hinaus, kann also schon jetzt eben so wohl, wie nach erfolgter Hauptverhandlung, getroffen werden.

Der Angeklagte stellt in seiner Vernehmungslage den Artikel als eine Satire auf die moderne Strafrechtslehre in ihrem Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie hin, um entspricht diese Auffassung der Ueberschrift, wie der Form und dem Inhalt desselben. Bedenklich eingeführt wird nicht sowohl der Verfasser, als vielmehr ein „Jurist“, welcher, in den modernen An-

Schauungen der Gegner der Sozialdemokratie sich be-  
wegend, dem Christentum bei dessen erstem Auftreten  
entgegentritt und dieser Bewegung gegenüber die heutigen ge-  
setzlichen Bestimmungen zur Anwendung gebracht wissen will. An  
einer Stelle läßt der „Jurist“ wiederum einen aktiven Staats-  
anwalt in seinem Sinne reden. Demnach richtet sich die Tendenz  
des Artikels aufscheinend nicht gegen Christus, und könnte dessen  
ungeachtet die Anwendung des allegierten Strafgesetzes nur unter  
der Voraussetzung, daß unter dem Schein einer gegen die heutige  
Strafgerichtsbarkeit gerichteten Satire dennoch in der That ein der-  
artiger Angriff beabsichtigt und perfekt geworden sei. Diese Ab-  
sicht tritt nun aber an seiner Stelle des Artikels mit genügender  
Deutlichkeit zu Tage, eine solche ist vielmehr nach Lage der  
Sache, trotz der ganzen Persönlichkeit des Verfassers, ins-  
besondere dessen selbstbetannter Konfessionslosigkeit, nicht  
einmal besonders wahrscheinlich. Eben so wenig ist schon ohne  
diese Absicht in der gewählten Form der Satire ein Angriff auf  
Christus oder Christentum enthalten, mag dieselbe auch der nach

den Grundsätzen der Moral und des Taktes der erhabenen Per-  
son Christi geschuldeten Ehrfurcht noch so wenig ein gesprochen, und  
kann deshalb auch von einem entsprechenden Bewußtsein des An-  
geklagten nicht die Rede sein.  
Bei dieser Sachlage kann es dahingestellt bleiben, ob event.  
der inkriminierte Artikel, namentlich durch die in der Anklage-  
schrift besonders herausgehobenen Sätze, das weiter erforderliche  
objektive Tatbestandsmoment der „Beschimpfung“ — dessen Be-  
griff über denjenigen der einfachen Verleumdung oder Ver-  
spottung hinausgeht — erfüllen würde.  
Vergl. die Erkenntnisse des Obergerichts zu Wolfenbüttel  
vom 31. März 1874 — Zeitschr. f. Rechtspr. Bd. XXI,  
S. 65 ff. — und des Reichsgerichts vom 21. Februar 1884  
— Entscheidungen Bd. X. S. 145 ff. —  
Der Tatbestand einer sonstigen Strafgesetzeverletzung ist  
gleichfalls nicht ersichtlich.  
Wegen desselben Artikels ist auch Anklage gegen einen Genossen,  
einen Arbeiter in Trier, der das betreffende Blatt verbreitete,

erhoben und das Hauptverfahren eröffnet. Vor einigen Wochen  
sah vor der Strafkammer in Trier bereits ein Verhandlungs-  
termin statt, doch wurde in demselben beschlossen, die Verhandlung  
bis zur Erledigung der Anklage gegen den Verfasser des Artikels  
auszusetzen. Es dürfte jetzt wohl auch die Freisprechung des  
Trierer Genossen erfolgen, von dem die Anklage ohne Erweis  
behalten, daß er das Blatt mit Kenntnis des Inhalts ver-  
breitet habe.  
Dresden. Vor dem Amtsgericht Meissen wurde ein ehe-  
maliger Kolporteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, Korbma-  
chermeister Schulz in Köhn bei Meissen, wegen Unterschlagung von  
Abonnementgeldern für die Expedition der „Sächsischen Arbeiter-  
zeitung“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Tat-  
bestand war in einer Volksversammlung zur Sprache gekommen  
und auf Anzeige des überwachenden Beamten war von der  
Staatsanwaltschaft die Anklage erhoben worden.

### Theater.

Dienstag, den 10. Februar.

**Opernhaus.** Die Hochzeit des Figaro.

**Schauspielhaus.** Der neue Herr.

**Lesungstheater.** Hedda Gabler.

**Berliner Theater.** Graf Waldemar.

**Deutsches Theater.** Die Kinder der Ezellen.

**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.** Meisner Porzellan. Hierauf: Pariser Leben.

**Wallner-Theater.** Mit Helyett.

**Kosidens-Theater.** Der selige Loup.

**Viktoria-Theater.** Die sieben Raben.

**Sallealliance-Theater.** Schelm Cupido. Vorher: Die Nachbarinnen.

**Ostend-Theater.** Hedda Gabler.

**Adolph Ernst-Theater.** Unsere Don Juans.

**Thomas-Theater.** Der Registrator auf Reisen.

**Baummann's Variété.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

**Theater der Reichshallen.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

**Concordia.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

**Gebr. Richter's Variété.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

**Wintergarten.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

### Englischer Garten.

Direktion: C. Andress, Alexander-  
straße 27c.

**Margarethe Steinow,** Feder-  
fängerin.

**Paul Jüllich,** Gefangenschafts-  
moralist.

**Mr. Goswin,** Russl. Neger-Clown.

**Frl. Bonné,** Kostüm-Soubrette.

**Gehr. Corradini,** Tanz-Duetlisten.

**Mons. Bernard,** Schnellzeichner.

Anfang Wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 5 1/2 Uhr.  
Entree Wochentags u. Sonntags 80 Pf.  
50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf  
20 und 30 Pf.

### Etablishement Buggenhagen

am Moritzplatz.

Täglich:

### Unterhaltungsmusik.

Direktion A. Ködman.

Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.  
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
Spezial-Kuchentisch von Pagenhofer  
Export-Bier, Seidel 15 Pf.

641 F. Müller.

### Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.

Täglich:

### Grosses Concert

mit Quartett-Sängern,  
ausgeführt von dem Musik-Direktor  
S. Sanftleben.

Wochentags: Frei-Concert.  
Sonntags Entree 20 Pf.

Empfehle auch zugleich 8 Billards,  
3 Kegelbahnen und einen Saal zu Ver-  
gnügungen und Versammlungen.

703 F. Sadtke.



### Passage-Panopticum.

Unter d. Linden 22/23.

### Knabe

mit 2 Köpfen.  
Amerikanerin  
m. 25 cm langem  
Vollbart.

11-1 Uhr. 5-9 Uhr.

### Castan's Panopticum.

Jetzt: Friedrichstr. 165.

Neu:

### Azteken.

Prof. Dr. R. Koch  
im Laboratorium.

Öffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.  
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.



### Den Genossen

halte ich meine  
**Masken-Garderobe**  
bei Bedarf best. empfohlen.  
Grösste Auswahl. Bill. Pr.  
Vereinen Preisermässigt.

**Fr. Panknin,**  
Oranienstraße 178,  
Adalbertstr. 91, Ecke Oranienstr.

### Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer.  
Dienstag, den 10. Februar,  
Abends 7 1/2 Uhr:

### Grosse Vorstellung

mit vorzüglich gewähltem Programm.  
Besonders hervorzuheben: Miss Edith  
Adams als Jodel-Reiterin. La Péro.  
Kraft- und Balance-Produktionen der  
Gebrüder Amates. 4 Rapphengste, in  
Freiheit dressiert und vorgeführt von  
Herrn Max Schumann. Hr. Royal,  
Jongleur zu Pferde. Komisches Entree  
des berühmten Clown Lantl. Bolero  
andaluz. spanisch. Nationaltanz, ger.  
von Frl. Wele und Herrn Ernst  
Schumann.

Zum Schluß der Vorstellung:  
**Circus unter Wasser.**  
**Eine ländl. Hochzeit.**  
Sensationelle Wasserpantomime.  
Spezialität: 4 Wasser-Nymphen.  
Morgen: Gr. Vorstellung mit neuem  
Programm. Eine ländliche Hochzeit.

### Matthie's

elegante Masken-Garderobe, Prinzen-  
straße 15, 2 Tr., empfiehlt seine eleg.  
sowie kostlichen Kostüme zu soliden  
Preisen. Zu Aufführungen für Vere-  
ine Kostüme zu billigen Preisen.

Schö-  
elegante **Masken-Garderobe**  
bei H. Eisener, Prinzessinnenstr. 15, II.  
Gesellschaft u. Vereine Preisermässigung.

### F. Stenzel's

Elegante Masken-Garderobe,  
118 Dresdener-Strasse 118,  
empfiehlt sich den Lesern des „Vorwärts“  
zu billigen Preisen. 111

Allen Freunden u. Genossen empfehle  
mein **Welsch u. Bairisch-Bierlokal.**  
Zimmer f. Vereine, Klubs, Vorstände etc.,  
mit u. ohne Piano stehen noch einige  
Abende in der Woche zur Verfügung.  
NB. Er-  
Gerüchte, ter den Ge-  
nossen in Berlin verbreitet werden, daß  
ich beabsichtige, mein Lokal zu verkaufen,  
für **unwahr**, und können diejenigen,  
welche derartige Gerüchte verbreiten,  
nur mit der Absicht umgehen, mich ge-  
schäftlich schädigen zu wollen. (143)

### Fr. Zubeil, Restaurateur,

Naunynstr. 86.

### Sophabezüge!

Beste in Ripps, Damast, Granit,  
Blüsch und bunten Stoffen **spott-**  
billig.

Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.  
Proben franko! (84 J)

Jede Uhr  unter Garantie  
kostet bei mir  
(außer Bruch) **1,50 Mk.**  
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.

**Uhren, Gold- u. Silberwaaren**  
**C. Wunsch,** Naunynstr. 38,  
n. d. Oranienplatz

### Albrecht's Bäckerei,

Wrangelstr. 8 und Langstr. 26,  
liefert das größte Brot für 50 Pf. (117 L)

### Rohtabak A. Goldschmidt,

Spandauerbrüde 6,  
am hiesigen Plage bekanntlich  
**Grösste Auswahl. Garantiert**  
**sicher brennende Cigars.**  
Streng reelle Bedienung, billigste  
Preise! Sämtliche im Handel  
befindl. Rohtabake sind am Lager.

**A. Goldschmidt,** Spandauerbr. 6,  
am Lode'schen Markt. (746)

### Möbel, Spiegel und

eigener Gr. Lager, bill. Preise.  
**Fabrik. Emil Heyn,**  
Brunnenstraße 28, Hof parterre.  
Zahlung nach Uebereinkunft.

Unserem Genossen **August Freund**  
zu seinem heutigen Wiegensfest ein drei-  
mal donnerndes Hoch, daß der ganze  
Wasserturm wackelt. O. R. A. W. H. T.

### Danksagung.

Allen Genossen und Genossinnen,  
vor Allen dem „Gesangverein Nord“,  
sage ich für die Theilnahme bei der  
Verdigung meiner geliebten Frau  
meinen innigsten Dank.

**Otto Sturm.**

### Danksagung.

Hierdurch sagen wir allen denen,  
welche bei der Verdigung unseres  
guten Vaters, des Töpfers Herrn  
**Wilhelm Eulner**  
am 8. Februar 1891 zugegen waren,  
unsern aufrichtigsten Dank. 437b  
Die trauernden Hinterbliebenen.

### Achtung!

**Clavierarbeiter und verwandte**  
**Berufsgenossen!**

In der Pianoforte-Fabrik von  
Matz & Co. haben die Arbeiter wegen  
Vohnreduzierung die Arbeit niedergelagt.  
Zugung ist fern zu halten.

185 **Die Kommission.**  
NB.: Sammelstellen können jeden  
Abend bei Winger, Naunynstr. 78; bei  
J. Meyer, Andreasstraße 12, und bei  
dem Beitragssammler für den Norden  
H. Neumann, Adlerstr. 133, 2. Hof,  
im Keller, empfangen und abgegeben  
werden.

### Große

### Mitglieder-Versammlung

des  
**Zachvereins sämtl.**  
in der Firmenschilder-Branche  
beschäftigten Arbeiter  
am Mittwoch, 11. Febr., Abds. 8 Uhr,  
in Scholler's Salon, Inselstr. 10.

Tagesordnung:  
Vortrag des Genossen Hugo Lehmann.  
Diskussion. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden ersucht, recht  
zahlreich zu erscheinen. Gäste hab. Zutritt.  
434b **Der Vorstand.**

### Versammlung

des Verbandes  
der Schneider u. Schneiderinnen  
am  
Mittwoch, den 11. d. Mo.,  
Abends 8 1/2 Uhr,  
Beuthstraße No. 22, 1 Tr.

Prüfung der Fachschüler. NB.  
Diejenigen Mitglieder, welche gewillt  
sind, am nächsten Zuschneide-Unterricht  
theilzunehmen, werden ersucht sich in  
dieser Versammlung zu melden. 270

### Vereinigung der Maler u.

Filiale Berlin N. Nord.  
Ordnung  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Mittwoch, 11. Februar, Abds. 8 1/2 Uhr,  
bei **Gnaat,** Brunnenstr. 33.

Tagesordnung:  
1. Vortrag über „Alters- und In-  
validen-Versorgung.“  
2. Stellungnahme in Betreff Abhaltung  
von Les-Abenden.  
3. Filialangelegenheiten.  
4. Verschiedenes und Fragelasten.  
Gäste willkommen. Um zahlreiches  
Erscheinen ersuchen  
416b **Die Bevollmächtigten.**

### Große öffentliche

### Steinmeh-Versammlung.

Tagesordnung:  
1. Welches ist für die Bauhandwerker  
die beste Organisation? Referent:  
Regierungs-Baumeister a. D.  
**G. Kessler.**  
2. Besprechung über die Bauhand-  
werker-Konferenz und Wahl eines  
Delegierten.  
3. Verschiedenes.  
286 **Der Einberufer.**

### Meyer's Lexicon, sowie Bücher

jeder Art, besonders  
gehobene Werke, kauft zu angemessenen  
Preisen  
**A. Hanneman,**  
Kochstraße 56.

**Dr. Hoesch,** homöopath. Arzt.  
Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10  
231

### Oeffentliche

### Kommunalwähler-Versammlung

für den 21. Kommunal-Wahlbezirk  
am **Mittwoch, 11. d. M., Abds. 8 1/2 Uhr,** bei Orschel, Sebastianstr. 39.

Tagesordnung:  
1. Die berechtigten Forderungen der Bürgerschaft und das Verhalten der  
Parteien im roten Hause. Referent: Kandidat Schuhmachermeister **Theodor**  
**Mehner.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 427 b  
Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Einberufer.**

### Heute! Zimmerleute! Heute!

Dienstag, den 10. Februar, Abends 8 Uhr:  
**Oeffentliche Versammlung**  
in **Knebel's Salon, Bad-Strasse Nr. 59.**

Tagesordnung 1. Der Aufruf zur Konferenz der Bauhandwerker  
Berlins. Referent: Regierungsbaumeister a. D. **G. Kessler.** 2. Wahl der  
Delegierten. 3. Verschiedenes.

Nicht eines jeden Zimmerers ist es, der wichtigen Tagesordnung wegen,  
in der Versammlung zu erscheinen. — Zur Deckung der Unkosten Entree nach  
Belieben. — Kameraden! Da die Sonntag-Versammlung politischer Seite  
aufgelöst wurde, die Tagesordnung somit nicht erledigt werden konnte, sähle  
ich mich veranlaßt, zu heute noch eine Versammlung einzuberufen.  
429 b **Der Einberufer: Wils.**

### Zimmerleute!

Mittwoch, den 11. Februar, Abends 8 Uhr:  
**Grosse öffentliche**  
**Versammlung der Zimmerer Berlins**  
bei **Feuerstein, Alte Jakobstraße 75.**

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu der Konferenz der Bauhand-  
werker Berlins event. Wahl der Delegierten. 2. Abrechnung des Zimmererfreis  
in Stettin 1890. 3. Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten findet Stellen  
sammlung statt. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
531 **Der Einberufer: Ortland.**

### Achtung! Achtung!

### Clavierarbeiter u. verw. Berufsgen.

Mittwoch, den 11. Februar, Abends 8 Uhr:  
**Große öffentliche Versammlung**  
in den **Zentral-Festsälen, Oranien-Strasse Nr. 180.**

Tagesordnung: 1. Die Lage des Streiks in der Pianoforte-Fabrik  
von **Matz & Co.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 185  
**Der Einberufer.**

### Freie Vereinigung der Maurer

Berlins und Umgegend.  
Donnerstag, den 12. Februar, Abends 8 Uhr:  
**Außerordentliche Versammlung**  
in **Orschel's Salon, Sebastianstraße 39.**

Tagesordnung: 1. Statutenberathung. 2. Vereinsangelegenheiten,  
3. Verschiedenes und Fragelasten. — **Mitglieder werden ausgenommen.**  
Um zahlreiches Erscheinen bittet [294] **Der Vorstand.**

### Gauverein Berliner Bildhauer.

Mittwoch, den 11. Februar, Abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
im **Restaurant Gaillard, Prinzenstr. 87, Hof part.**

Tages-Ordnung:  
Vortrag des Herrn **Türk** über Hegenprozesse. Geschäftliches: Wahl  
der Rechtschutz-Kommission und des Vergnügungsausschusses. Verschiedenes.  
116 **Der Vorstand.**

### Verein gewerblicher Hilfsarbeiter

Berlins und Umgegend.  
Mittwoch, den 11. Februar, in **Reu's Salon, Naunynstraße Nr. 27:**  
**Große Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Schulze** (Rönigsberg) über:  
Das privatkapitalistische Produktionssystem und dessen Beseitigung.  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelasten.  
Gäste sind willkommen. — NB. Der Arbeits-Nachweis befindet  
sich SO., Naunynstraße 88 im Restaurant von Köhn.  
157 **Der Vorstand.**

### Verband der Möbelpolirer

Berlins und Umgegend.  
Sonnabend, 14. d. M., im **Elysium, Landsberger Allee 39:**  
**Grosser Wiener Masken-Ball.**  
Anfang 8 Uhr. **Billets 50 Pf.**

Billets sind in den mit Plakaten belegten Handlungen, bei den Vor-  
standsmitgliedern und im Arbeits-Nachweis Blumenstr. 88 bei Henke zu haben.  
Das Komitee.  
231

Unterm „neuen Kurs“.

Aus dem Jahre 1890 haben wir noch nachzutragen: November.

- 6. Waltherhausen i. Th. Genosse Denner 30 M. Geldstrafe wegen Nichteinreichung des Mitgliederverzeichnis...
22. Berlin. Die gegen Genossen Paul Pitfin am 14. Juni gefällte Strafe von 1 Monat Gefängnis wegen Verhöhnung der christlichen Kirche wird reichsgerichtlich bestätigt.
24. Waltherhausen i. Th. Genosse Denner abermals 30 M. Geldstrafe wie oben (unterm 6. Nov.).
Königsberg. Maurer Fritj Lehut, als Reserve-Untersoffizier zur 14 tägigen Lebung nach Justenburg einberufen, ist kriegsrechtlich wegen öffentlicher Aufreizung der Bevölkerung zu Gewaltthatigkeiten in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise, sowie versuchter Aufwiegelung und gleichzeitigen Unternehmens, durch Mißbrauch seiner Dienstherrschaft, Untergebene zur Begehung einer mit Strafe bedrohten Handlung zu bestimmen, mit sechs Jahren Gefängnis und Entfernung aus dem Heere bestraft worden.
80. Wigenhausen. Drei Vorstandsmitglieder je 15 M. Geldstrafe wegen Unterlassung der rechtzeitigen Anmeldung.

Dezember.

- 2. Bremen. Redakteur Gottlieb von der „Brem. Bürger-Zeitung“ wegen Verleumdung 3 M. Geldstrafe ev. 1 Tag Haft und 1/3 der Kosten.
8. Dessau. Vier Genossen werden von der Anklage der unerlaubten Zellersammlung freigesprochen.
13. Erfurt. Genosse Rob. Roack, Vorsitzender der Schuhmacher-Streikkommission, 1 Monat Gefängnis wegen Verleumdung des Bürgermeisters, begangen durch öffentliche Kritik seines Verhaltens beim Streik; bezeichnender Weise figurirte der Reporter des Kartellblattes „Thür. Jtg.“ als Hauptbelastungszeuge.
18. Gotha. Genosse Bod 25 M. Geldstrafe, weil er im „Schuhmacher-Jahrbuch“ zum Sammeln für die Streikenden in Erfurt aufgefordert.
19. Dniburg. Genosse Pihinger 6 Wochen Gefängnis wegen Verleumdung eines Bauunternehmers, begangen in öffentlicher Mauererversammlung.
22. Stendal. Genosse Kühn, Bildhauer aus Salzwedel, 14 Tage Gefängnis (er war trotz Aufforderung des Wahlvorstehers im Wahllokal geblieben).
25. Erfurt. Redakteur Schälze von der „Thür. Tribune“ 6 Strafmandate à 30 M., zusammen also 180 M., wegen Boykottklärung gegen die Erfurter Schuhwaren-Fabrikanten.
80. Northeim. Zigarrenarbeiter Otto Brösche 15 M. Geldstrafe ev. 3 Tage Haft wegen unerlaubter Kollekte.
Pflanzen. Genosse Schauptner aus Delitzsch wegen Polizeibeleidigung 1 Monat Gefängnis (er war bei der Zellersammlung auch an den die Versammlung überwachenden Beamten herangetreten).
80. Chemnitz. Redakteur Glodewitz von der „Presse“ 1 Monat Gefängnis wegen Verleumdung des dortigen Tagesblatt-Redakteurs.
Gradow. Der Vorsitzende des Fachvereins der Maschinenarbeiter 15 M. Geldstrafe, weil die Vereinsversammlung wegen Ueberfüllung des Gastzimmers im Wohnzimmer des Restauranters stattgefunden.
Nordhausen. Dachdecker Mener wegen Zuwiderhandlung gegen die Gewerbe-Ordnung (Aufheben von Plakaten in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober) 10 M. Geldstrafe ev. 2 Tage Haft.
81. Elberfeld. Redakteur Grimpe von der „Elberfelder Freien Presse“ wegen Religionshöhnung zwei Monate Gefängnis.
Dresden. Die Mitglieder der Blecharbeiter-Kommission, Weber, Förster, Schulenburg und Hertwig von der Anklage der Zimmungsbeleidigung freigesprochen.
Spremberg. Der Arbeiter Paul Ludwig wird vom Schöffengericht wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung zu 4 Wochen Gefängnis verurtheilt.
Frankfurt a. M. Redakteur Hoch vom „Frankfurter Volksfreund“ 400 M. Geldstrafe wegen Verleumdung des Staatsanwalts.
Berlin. Kupferschmied Hammer, Maurermeister Funke und Metallarbeiter Helrich wegen Aufwiegelung (sie sollen nach einer Metallarbeiter-Versammlung auf der Straße gefangen haben) durch Polizeimandat mit je 5 M., vom Schöffengericht mit je 15 M. Geldstrafe bestraft, werden vom Landgericht II freigesprochen.

Januar. 1891.

- 2. Erfurt. Genosse Frey 10 M. Geldstrafe wegen unerlaubter Sammlung für die streikenden Schuhmacher.
Brieg. Steinarbeiter Paul Podawka aus Strehlen wegen Aufreizung 3 Monate Gefängnis, weil er als Kolporteur der „Schlesischen Volkswacht“ auch die Nummer 40 verbreitet hatte, in welcher das Heinefsche „Weberlied“ abgedruckt war.
Pätz. Genosse Heilmann und Gen. Vorstände des Wahlvereins Jirndorf, und Gastwirt Ritter wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes mit je 20 M. Polizeibüße belegt, werden vom Schöffengericht freigesprochen.
3. Konstanz. Schneider Wasmer wegen Verleumdung eines Grenzaufsehers 14 Tage Gefängnis; 1 Woche wurde als Kompensat abgerechnet, weil der Grenzaufseher ihn bei der Verhaftung zuerst mit Schust angerebet hatte. Wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt erhielt Wasmer weitere 7 Wochen Gefängnis.
Nordhausen. Die Erfurter Genossen Walter, Müller und Dithersen wurden vom Landgericht wegen groben Unfugs zu je 30 M. event. 6 Tagen Gefängnis verurtheilt (Boylottklärung gegen verschiedene Wirthe wegen Saalverweigerung). Schöff. und Amtsgericht in Erfurt hatten auf Freisprechung erkannt.
Geestemünde. Redakteur Watermann von der „Nordb. Volksstimme“ wegen Beamtenbeleidigung 14 Tage Gefängnis.
4. Braunschweig. Genosse Lippardt von Helmstedt wegen Verbreitung des „Sozialdemokratischen Liederbuchs“ 100 M. Geldstrafe, ev. 10 Tage Gefängnis; Genosse W. Weiland wegen desselben Vergehens 200 M. Geldstrafe, ev. 14 Tage Gefängnis.
5. Berlin. Durch Kammergerichtsbeschluß wird ein Polizeimandat in der Höhe von 3 M. Geldstrafe bestätigt gegen Genosse Höst in Rathenow, der bei Niederlegung eines Kranzes auf das Grab eines Genossen einige Widmungs-worte gesprochen hatte.
6. Frankfurt a. C. Redakteur Müller von der „Märk. Volksstimme“ 50 M. Geldstrafe wegen der bekannten Bued-Verleumdung.
Greifenhagen. Zimmerer Kameke und Schulz wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung je drei Wochen Gefängnis; Zimmerer Sperling wurde freigesprochen.
7. Düsseldorf. Genosse Mengler, Vorsitzender des Schneiderverbandes, und die Wirthin, in deren Lokal die Sitzungen abgehalten werden, wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu 20 M. Geldstrafe.
Halberstadt. K. Berg, Redakteur der „Sonntags-Zeitung“ wegen Verleumdung des Bürgermeisters von Blankenburg 100 M. Geldstrafe, ev. 20 Tage Haft.
Dortmund. Bergmann H. Siegel von Dorstfeld wegen Beamtenbeleidigung 14 Tage Gefängnis. Staatsanwalts-antrag: 2 Monate Gefängnis.
Tannhausen. Schuhmachermeister C. Großer, der wegen unerlaubter Zellersammlung eine Polizeibüße von 10 M. erhalten hatte, wurde vom Schöffengericht freigesprochen.
8. Offenburg. Dr. Müdt in Heidelberg wegen Beamtenbeleidigung in erster Instanz mit 100 M. Geldstrafe bestraft, wird von der Straf-Versungskammer zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt.
Braunschweig. Tischler Scheling aus Hannover wegen Majestätsbeleidigung 1 Jahr Gefängnis. In Untersuchungs-haft sah er 7 Wochen.
Magdeburg. Genosse Saling wegen Beamtenbeleidigung vom Landgericht zu 50 M. Geldstrafe, event. 5 Tage Gefängnis verurtheilt. Das Schöffengericht hatte ihn freigesprochen.
Berlin. Die Genossen Otto Klein, Wegner und Schäpfer von der Anklage der Aufforderung zum Kontraktbruch freigesprochen. Die Anklage gründete sich darauf, daß die Angeklagten die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten zur Feier des 1. Mai aufgefordert hätten.
9. Wiesbaden. Genosse Kait aus Höchst a. M. wegen Genarmenbeleidigung 30 M. Geldstrafe.
10. Nordhausen. Tischler Paul Vernburg und Dachdecker Hermann Mener wegen groben Unfugs, Beamtenbeleidigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, ersterer zu 5, letzterer zu 7 Wochen Gefängnis.
11. Spremberg b. Neusalza. Genosse Altscher wegen Tragens republikanischer Abzeichen (er trug in einer Versammlung eine rothe Feder am Hüte!) 15 M. Geldstrafe und Kosten.
12. Offen. Redakteur Möller von der „D. Bergarbeiter-Zeitung“ wegen Majestätsbeleidigung.
Dresden. Tischler Scholz von der Anklage einer geheimen Versammlung (in einer Sitzung des Arbeitsnachweises soll das Verbrechen bestanden haben) freigesprochen.
13. Offen. Die Vergleute H. Knoke und W. Griesemann, die bei einem Hoch auf den Kaiser zugeblieben

Januar.

- waren, von der Anklage der Majestätsbeleidigung freigesprochen. Staatsanwaltsantrag: 4 Monate Gefängnis.
13. Bielefeld. Genosse R. Bräuer wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz 15 M. Geldstrafe.
Kiel. Genosse Legien aus Hamburg wegen Staatsanwalts-Verleumdung 50 M. Geldstrafe, event. 5 Tage Gefängnis und öffentliche Ausöhnung des Urtheils für acht Tage. Staatsanwalts-Antrag: 14 Tage Gefängnis.
14. Leipzig. Rechtsanwalt G. Hofmann wegen Verleumdung und Bedrohung der Polizei 2 Monate und 1 Woche Gefängnis.
Bielefeld. Redakteur Groth von der „Volkswacht“ wegen der bekannten Bued-Verleumdung 6 Wochen Gefängnis.
Neuk. Genosse Kauerh wegen in einem Vortrage begangener Verleumdung der Armenpflege 30 M. Geldstrafe.
Karlruhe. Redakteur Adolf Ged und Schriftlicher Ph. Teufel wegen Aufreizung (durch Abdruck des Flugblattes „Fliegen und Spinnen“), ersterer zu 9 Monaten, letzterer zu 6 Monaten Gefängnis. Von der Anklage der Majestätsbeleidigung (durch Abdruck des Freiligrathschen Gedichtes: „Freie Presse“) wurden die beiden sowie der mitangeklagte Genosse Bolderauer freigesprochen.
15. Kassel. Zigarrenarbeiter Hugo aus Eschwege von der Anklage der Störung einer gottesdienstlichen Handlung (Niederlegen eines Kranzes bei einer Beerdigung nebst einigen Widmungsworten) freigesprochen.
Karlruhe. Redakteur Ph. Teufel vom „Volkfreund“ wegen Majestäts-, Offiziers- und Unteroffiziers-Verleumdung 9 Monate Gefängnis.
Leipzig. Genosse Goldbach wegen unerlaubter Sammlung 20 M. Geldstrafe ev. 5 Tage Haft.
Berlin. Vom Kammergericht werden die Genossen Th. Rehner von Berlin und Eduard Schindler von Waldh bei Neurode von der Anklage auf Uebertretung des Vereinsgesetzes, des Sozialistengesetzes und diverser Polizeiverordnungen freigesprochen.
Leipzig. Das Reichsgericht bestätigte die gegen Genosse Grimpe von Elberfeld verhängte Gefängnisstrafe von 3 Monaten 14 Tagen wegen Hasserbeleidigung und Beschimpfung von Einrichtungen der katholischen Kirche.
Raumburg. Bergarbeiter Adolf Hofmann und 12 weitere angeklagte Genossen werden nach zweitägiger Verhandlung von der Anklage der Veranlassung und Theilnahme an einer verbotenen und einer geheimen Versammlung freigesprochen.
16. München. Genosse Strauß, Redakteur der „Münchener Post“ wegen Majestätsbeleidigung vier Monate Gefängnis.
17. Leipzig. Rechtsanwalt Gustav Hofmann wegen Verleumdung des Polizei-Amtes Leipzig ein Monat Gefängnis.
Stettin. Ludw. Menzel, Redakteur des „Volksboten“ wegen Bürgermeisters-Verleumdung 50 M. Geldstrafe ev. 10 Tage Gefängnis.
17. Mannheim. In dem Landfriedensbruch-Prozess Heist und Genossen wurde eine Gesamtstrafe von 66 Wochen Gefängnis verhängt, von denen 42 Wochen Untersuchungs-haft abgerechnet wurden.
18. Neuk. Genosse Ged von der Anklage unerlaubter Kolportage zum zweiten Male freigesprochen.
18. Offenburg. Adolf Ged, Redakteur des „Südwestdeutschen Volksblatt“, wegen Verleumdung des sächsischen Richterlandes 3 Monate Gefängnis. Staatsanwalt Jolly beantragte: „Gefängnis nicht unter 7 Monaten.“ Von der Anklage der Verleumdung des Oberamtmanns und Amtsrichters von Pforzheim, sowie mehrerer dortiger national-liberaler Fabrikanten erfolgte Freisprechung.
19. Stettin. Redakteur Wolf vom „Volksbote“ wegen Fabrikantenbeleidigung in zweiter Instanz 100 M. Geldstrafe.
20. Erfurt. Drei Mitglieder des Schuhmacher-Gehilfen-Komitees wegen groben Unfugs („Einschüchterung des Publikums“) zu je 10 Mark Geldstrafe event. 2 Tage Gefängnis.
21. Neisa. Genosse Gradnauer, Redakteur des „Volksfreund“ wegen Schuhmanns-Verleumdung 14 Tage Gefängnis.
21. Konstanz. Wegen Meineid (aus dem Majestätsbeleidigungs-Prozess wider Schröder resultierend) wurden verurtheilt: Schröder zu 10 Monaten Gefängnis, Geffers 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus, Armbroster 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus, Hausmann 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus, Schmidt 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus, Schönberg 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus.
Frankfurt. Redakteur G. Hoch von der „Frei. Volksstimme“ wegen Offiziersbeleidigung 6 Wochen Gefängnis. Redakteur Stern von der „Frei. Jtg.“ in gleicher Sache 3 Monate Gefängnis.)

„Die Ehre“ auf der „Freien Volksbühne“.

Mein Name ist Lothar Brandt und ich halte es nicht für unnützig hinzuzufügen, daß ich Lieutenant der Reserve im Regiment so und so bin.

Sonst nichts? Der minutenlange Jubel, welcher bei der Morgen-Aufführung des Sudermann'schen Schauspiels am letzten Sonntag dieser treffenden Frage des Grafen Trast folgte, unterschied sich auffallend von dem behaglichen Spottlachen, mit dem das gewöhnliche Abendpublikum auf dieselbe reagirt. Die ingrimmiende Freude, mit welcher die Mitglieder der Freien Volksbühne diese elegante Abfertigung des Reservelieutenants begrüßt, ist weltverschrieben von der theils selbstironischen, theils boshaften Wühlsternheit, für welche jene moquante Wendung eigentlich bestimmt ist.

Dies eine Symptom reicht hin, die Stimmung erkennen zu lassen, welche am letzten Sonntag Morgen im Vesting-Theater herrschte. Social naive Andacht und ehrliche Hingabe an das Dichtermotiv ist in diesem Hause scheinlich noch nicht dagewesen: sie stand in schreiendem Gegensatz zu der frivolsten Blaskheit, welche gerade in diesem Theater so oft die Signatur des Publikums bildet. Ich glaube nicht, daß irgend Jemand, der dieser denkwürdigen Vorstellung beigewohnt hat, jemals den elementaren Beifallssturm vergessen wird, welcher im vierten Akte bei der bekannten Stelle losbrach, an der der junge Heinecke das Konto zwischen den Vorder- und Hinterhäusern begleicht und „Abrechnung hält“. Wir verbrüngen unser Leben in harter Arbeit für Euch und berweilen verführt Ihr unsere Töchter und Schwestern und

sieht uns unsere Ehre und bezahlt sie hinterdrein mit dem Gelde, das wir für Euch erarbeitet haben!

So, oder ähnlich lautet die Stelle, ich zitiere aus dem Gedächtniß. Die darauf folgende Demonstration war freilich etwas Anderes als der Ausdruck einer ästhetischen Befriedigung, für Leute, die Ohren hatten zu hören, klang daraus ein Ton, ein unheimlicher Ton, ähnlich dem fernem Donnern eines Meeres, das an die Tämme pocht.

Weder Oskar Blumenthal noch Hermann Sudermann sind sozialdemokratische Agitatoren, beider Ziele und Bestrebungen liegen weit ab von denen unserer sozialistischen Bewegung — aber daß es eben ein echtes und rechtes Zeichen der Zeit, daß selbst solche Männer wider ihren bewußten Willen in den Dienst der die Zeit beherrschenden Ideen treten müssen. Man wird an das Dichtermotiv erinnert: „Und wer da nichts thut als das Seine, der sorgt erst recht fürs Allgemeine.“ Der allgewaltige Zug der Zeit zwingt ihn schon dazu und denen, die die Zukunft lieb haben, müssen alle Dinge zum Besten dienen.

Aber abgesehen von der agitatorischen Wirkung, welche aus der Sudermann'schen Dichtung mehr spontan heraus-springt, als organisch erwächst, ergiebt das Schauspiel zweifellos auch als Kunstwerk einen großen Eindruck. Die bedeutenden dichterischen Eigenschaften des Dramas werden immer diesen Erfolg haben. — Die musterhafte Darstellung that auch das Ihrige. Die Art, wie der Dichter das natürliche Aufsteigen des Dürrenthums aus dem schimm-ligen Boden des verknöcherten, verläumpften, sich selbst nicht achtenden Pöbels zeichnet, dieses Stück Naturgeschichte der Prostitution würde allein genügen Sudermann als den berufenen Sittenschilderer zu legitimiren — wenn freilich die Dichtung hier und da die Wendung nehmen zu wollen

scheint, als ob diese „Hinterhaus-Padage“ als typisch für das moderne Berliner Proletariat überhaupt gelten solle, so braucht man weder Pharisäer noch Schmeichler zu sein, um das einfach abzulehnen. Da wo sich heutzutage das proletarische Ständes- und Solidaritätsbewußtsein zu regen beginnt, da ist es mit jener Vedientenhaftigkeit und Servilität bald genug vorbei.

Die Aufführung war, wie gesagt, ausgezeichnet. Der andächtige Graf, das „Bei-der-Sache-sein“ schien, nachdem es von der Bühne herab erzeugt war, aus dem Zuschauer-raum wieder auf die Bühne zurückzuwirken. Ich habe schon mehrfach Gelegenheit gehabt, das Stück in derselben Besetzung zu sehen, doch ist mir die Wiedergabe noch niemals so geistig frisch und ich möchte sagen, erakt vorgekommen. Die darstellenden Kräfte gaben sämtlich ihr Bestes und bei Einigen heißt das: Vollendetes.

Der Vorstellung wohnte in der Direktionsloge von Anfang bis zu Ende Henrik Ibsen bei, folgte mit offener Spannung den Vorgängen auf der Bühne und im Zuschauer-raum wieder auf die Bühne zurückzuwirken. Das Publikum, unter dem sich schnell die Nachricht verbreitet hatte, sah den großen Norweger, dem es bereits zwei gemüthliche Theaternachmittage verdankt mit Stolz und Freude in seiner Mitte.

Alles in Allem, es war eine schöne, erhebende — Feier, hätte ich beinahe gesagt, eine Aufführung, welche gewiß allen Mitgliedern der ersten Abtheilung des Vereins in freundlicher Erinnerung bleiben wird und für die sie dem freigelegten Direktor des Lessingtheaters, Herrn Dr. Oskar Blumenthal, Dank wissen werden.

Otto Erich Hartleben.

- 21. Mainz. Redakteur Sprenger von der „Mainzer Volkszeitung“ wegen Majestätsbeleidigung 4 Monate Gefängnis.
- 22. Halle. Redakteur Hlge von „Vollblatt für Halle“ wegen Aufreizung und Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen 1 Jahr Gefängnis. Staatsanwalts-Antrag: 9 Monate Gefängnis. Der Richter erklärte: Gerade weil das Ausnahmegericht gefallen sei, deshalb müsse energisch gegen solche Schreibweise vorgegangen werden. Erfurt. Frau Hedwig Heinrich-Wilhelmi von der Anklage der Gotteslächerung und Beschimpfung der menschlichen und christlichen Religion freigesprochen. (Die Staatsanwaltschaft hatte seiner Zeit einen Stadtrief gegen sie erlassen.)
- 24. Dresden. Schlosser Sieger ist wegen groben Unfalls von der Polizei mit 10 M. Geldbuße, event. 3 Tagen Haft bestraft, wird vom Schöffengericht freigesprochen.
- 24. Mies. Redakteur Dr. Gradnauer vom „Volksfreund“ wegen Beleidigung des Herausgebers und eines Mitarbeiters vom „Miesner Tageblatt“ 150 Mark Geldstrafe.
- „Kattibor. Zigarrenarbeiter Paul Kurzer und Rajons wegen Morddrohung je drei Tage Haft. Staatsanwalts-Antrag je sechs Wochen Gefängnis.
- 23. Offenburg. Redakteur Adolf Ged wegen Fabrikantenbeleidigung 200 Mark Geldstrafe.
- „Würzburg. Genosse Berninger vom hiesigen Schwurgericht von der Anklage der Verbreitung des verbotenen Lieberbuchs freigesprochen.
- 20. Götting. Genosse H. Kreuzburg aus Schmerbach, in erster Instanz wegen Aufreizung mit 7 Tagen Haft bestraft, wird von der Strafkammer freigesprochen. Gegen den Zeugen, Schultheiß Göring, eine Kartellstrafe, soll Anklage wegen Meineid erhoben werden.
- „Stettin. Redakteur Herbert vom „Volksbote“ wegen Fabrikantenbeleidigung 100 Mark Geldbuße eventuell zehn Tage Gefängnis. Staatsanwalts-Antrag: drei Monate Gefängnis.
- 81. Neuburg. Genosse Bärer wird von der Anklage gegen § 28 des Sozialistengesetzes (unerlaubte Ränke) freigesprochen.

### Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

61. Sitzung vom 9. Februar. 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen heute lediglich Wahlprüfungen.

Die Wahlen der Abgg. Hänel und Graf Carmer werden für gültig erklärt; die Beschlusfassung über die Wahlen der Abgg. Herzog-Brandenburg und Dr. Porck wird angefohrt und bezüglich der in den Protokollen erhobenen Behauptungen die Aufstellung von Erhebungen beschlossen. Bezüglich der Wahl des Abg. Porck hat die Kommission nicht über alle Protestpunkte Beweis-erhebungen beantragt. So ist behauptet, daß in der Krankenanstalt in Neurode, Aktiengesellschaft, vormalig Treutler, Conrad u. Deube ein Schriftstück existiert habe, in welchem gesagt war, daß alle Arbeiter entlassen werden müßten, wenn Porck nicht gewählt werde. Die Kommission hat nun die Vorlegung dieses Zirkulars verlangt, aber keine weiteren Beweis-erhebungen beantragt.

Abgeordneter Auer beantragt, auch über diesen Punkt, sowie über mehrere andere in dem Protokolle behaupteten Vereinigungen von Arbeitern seitens der Arbeitgeber Beweis zu erheben.

Abg. Gröber (Z.) erklärt, daß Wahlbeeinträchtigungen der Arbeiter durch die Arbeitgeber zwar unanständig und verwerflich, aber nach den bestehenden Gesetzen nicht strafbar seien; deshalb dürfe man daraus einen Grund für die Ungültigkeit der Wahl nicht herleiten.

Abg. Auer (Soz.): Es ist dringend notwendig, daß die Erhebungen auch auf die von mir verlangten Punkte ausgedehnt werden: zunächst auf den Fall des Pfarrers Brauner in Ludwigsdorf, welcher Zeugnissen, die Richter wählen würden, ein kirchliches Zeugnis verweigern wollte. Es muß im Interesse des Pfarrers selbst liegen, daß eine solche geradezu skandalöse Behauptung auf ihre Wahrheit hin geprüft wird. Ebenso wichtig erscheint der Fall, in welchem ein Inspektor in Obersdorf eigenartig gefaltete Stimmzettel hat verteilen lassen. Dieser Inspektor war nun zugleich Wahlvorsteher und hatte also in jedem Falle die Kontrolle über die Abgabe der Zettel in der Hand. In Haudsdorf, Kreis Neurode, sind die von Zentrumsanhängern vertheilt, auf Dr. Porck lautenden Stimmzettel aus dem Lintenfeldern gezinkt worden. Ein in Haudsdorf wohnender Fabrikant muß eine gute Kontrolle geführt haben, denn er hat später gesagt, er wisse, daß nicht alle seine Leute für Dr. Porck gestimmt hätten. Am wichtigsten aber erscheint mir die Vereinigung der Unternehmer gegenüber ihren Arbeitern. Wir bestreiten keinem Unternehmer das Recht, zu sagen: ich wünsche, daß Ihr Diefen oder Jenen wählt. Wenn der Unternehmer aber sagt: Wenn Ihr Diefen oder Jenen wählt, seid Ihr entlassen, überschreitet er die erlaubten Grenzen. Wenn zu einer solchen Drohung noch eine ausgiebige Kontrolle kommt, so sind die Wähler vollständig um ihr geheimes Wahlrecht gebracht. In den meisten Fällen ist das Gefühl der Abhängigkeit der Leute so groß, daß sie es nicht wagen, auch wenn sie es könnten, dem Unternehmer ein Schnippen zu schlagen.

Das Haus beschließt in Bezug auf den Pfarrer Brauner die Beweiserhebung zu verlangen, tritt aber im Uebrigen nur dem Antrage der Kommission bei.

Der Beschluß über die Wahl des Abg. von Zagow wird angefohrt und werden Erhebungen über die Behauptungen des Protokolls beantragt.

Die Wahlen der Abgg. von Normann, Wredow und von Friesen werden für gültig erklärt; bezüglich der bereits für gültig erklärten Wahl des Abg. Leemann wird ein alterer Beschluß wegen anzuweilender Erhebungen für erledigt erklärt.

Die Beschlusfassung über die Wahl des Abg. Graf Saldermann-Ringenwalde (L.) soll angefohrt werden; u. A. wird beantragt, die förmlichen Stimmzettel im Kreise Neu-Ruppin einzufordern, weil behauptet wird, daß die Farbe derselben keine weiße gewesen sei.

Abg. Mehnert (L.) legt Proben des für die Stimmzettel verwendeten Papiers vor und zum Vergleich dafür auch Proben von Papier, welches zum Druck von Zeitungen und von den bekanntesten Neu-Ruppiner Bilderbogen verwendet werde, welches man allgemein als weiß bezeichne. Ein absolutes Weiß gebe es überhaupt nicht.

Abg. Kröger (Dr.): Gerade um die Farbe des Papiers genau feststellen zu können, wäre die Vorlage der Stimmzettel erwünscht. Eingehende Untersuchung verdiente auch die Behauptung, daß in Dierberg während des Wahlaktes der Wahlvorsteher allein am Wahlische anwesend war und die Stimmzettel einzelner Wähler in Empfang genommen hat. Die unethische Vernehmung des Wahlvorstehers sei in diesem Falle nicht genügend, es müßten auch die Zeugen vernommen werden, welche dafür angegeben sind. Eine Verletzung des Wahlgeheimnisses liegt darin nicht. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs zum Schutze des Wahlgeheimnisses wurden ganz außer Kraft gesetzt, wenn man so empfindlich bezüglich der Anwendung derselben sei, wie die Mehrheit der Wahlprüfungs-Kommission. Einen Antrag wolle er nicht stellen, da er annehme, daß die anderen Dinge schon ausreichen würden, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. Auer: Wer nicht farbenblind ist, muß die hier vorgelegten Zettel für bunt erklären. Außerdem ist nicht erwiesen, daß das hier vorgelegte Papier wirklich identisch ist mit dem zu den Stimmzetteln verwendeten. In Neu-Ruppin hat der Vorsitzende des liberalen Wahlkreises die Gegenpartei erlucht, wegen Beschaffung von gleichartigen Stimmzetteln mit ihm in Verhandlung zu treten. Auf dieses langale Ersuchen war gar keine Antwort erfolgt; die konservative Partei hat bis zum letzten Augenblick gewartet und dann ein Papier gewählt, das die andere Partei sich nicht mehr beschaffen konnte, und das obenein nicht weiß war. Hier kann nur die Mithet vorgelegen haben, die Wähler zu beinhalten und das Wahlgeheimnis zu verletzen.

Abg. von Steinau (L.): Der Umstand, daß von konservativer Seite der Antrag wegen Verwendung gleichen Papiers nicht angenommen ist, beweist nichts für die Verwendung farbigen Papiers. Wenn Wahlfälschungen behauptet werden, wie zum Beispiel in Dierberg, so mögen die zuständigen Gerichte angerufen werden; der Reichstag kann den Thatbestand auf Grund der Zeugenaussagen gar nicht feststellen.

Abg. Singer: Die uns von dem Abg. Mehnert vorgelegten Zettel sind nicht weiß, sondern haben eine grünlich-blaue Farbe. Es liegt ja aber gar nicht fest, daß die Wahlzettel dieselbe Farbe hatten. Es ist also jedenfalls unsere Pflicht, dieselben einzufordern. Man muß sich den Zettel nicht bloß darauf ansehen, wie weit er noch weiß zu nennen ist, sondern auch wie weit er sich von den übrigen bei der Wahl abgegebenen Zetteln in der Farbe unterscheidet, und dadurch also gekennzeichnet ist. Den Zeugen, deren Zettel in der Wahlurne sich nicht vorgefunden hat, rath Herr v. Steinau, sich an den Staatsanwalt mit ihren Beschwerden zu wenden. Nach der Verfassung ist aber nicht der Staatsanwalt Wächter der Wahlfreiheit, sondern der Reichstag, welcher die Legitimation seiner Mitglieder zu prüfen hat. Wenn nachher die Staatsanwaltschaft dabei auch noch Arbeit bekommt, so mag das sein. Wir haben keine Veranlassung, sie davon zu befreien. Diese Arbeit wäre sachgemäher und lohnender, als diejenige, die die Staatsanwaltschaft namentlich in politischen Dingen oft freiwillig übernimmt. Diesen Protestpunkt halte ich für so wichtig, daß ich den Antrag stelle, die Erhebungen auf die eibliche Vernehmung der zwölf Zeugen und die unethische des Wahlvorstandes ausdehnen. Die unethische Vernehmung der nachher vielleicht als schuldig sich herausstellenden Personen des Wahlvorstandes geschieht zum Schutze dieser Personen. Wollen die Herren von der rechten Seite die eibliche Vernehmung dieser Personen, so werden wir uns dagegen nicht wehren.

Abg. Mehnert (L.): Gegen die Vernehmung von Abstimmen den zur Feststellung solcher angeblichen Wahlfälschungen hat sich der Reichstag in früherer Zeit schon mehrfach ausgesprochen; auch Staatsrechtler haben darin ein Verletzung des Wahlgeheimnisses gesehen.

Der Antrag der Kommission wird angenommen, der Antrag Singer wird abgelehnt, ebenso der Antrag Mehnert, welcher die Stimmzettel nicht einzufordern will.

Der Beschluß über die Wahl des Abg. Jang en meister soll ausgefohrt und Erhebungen veranlaßt werden u. a. über die Thätigkeit der Kriegervereine bei den Wahlen.

Abg. Mehnert (L.) erklärt sich gegen die Ausdehnung der Erhebungen auf diesen Punkt und bedauert, daß Herr Nicker nicht anwesend sei, um zu erfahren, wie die Kriegervereine für einen freimüthigen Kandidaten eingetreten sind. Die Kriegervereine wollen den Fahnenid hochhalten. (Zuruf links: Der Fahnenid ist keine politische Institution!) Der Fahnenid verpflichtet die Soldaten zur Treue gegen den Kaiser und ihren Landesherren in allen Fällen. Die Sozialdemokraten haben aber diese Treue nicht gehalten. Herr Dieblrecht hat die Revolution als das Streben der Sozialdemokratie proklamiert; Hasselmann hat gesagt: der russische Kaiser sei nicht der einzige Bluthund in Europa, Kaiser Wilhelm sei ebenso schlimm. Diese Aeußerungen der Sozialdemokraten seien niemals widerrufen worden. Kann man es da den Kriegervereinen verdenken, daß sie seit zusammenhalten in Treue gegen Kaiser und Reich? Die Sozialdemokraten wollen vom Vaterlande nichts wissen, sie kennen Deutschland nicht. Drei Tage nach Sedan trat ein sozialdemokratischer Ausschuss in Braunschweig zusammen, welcher einen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik verlangte und gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen protestierte. Marx billigte damals dieses Vorgehen und bezeichnete alle Gegner als Schurken und Narren, und Herr Dieblrecht stimmte freudig zu. Wenn Sie das nicht mehr billigen, so erklären sie es doch offen. Ihre Schweigen (Lachen links) und Ihr Lachen ist aber irreführend für diejenigen, vor denen Sie Ihre letzten Ziele verborgen hatten. Deshalb mühen wir die Kriegervereine schämen vor dem Einflusse der Sozialdemokraten. (Zuruf links: Wenn sie nur tüchtige Soldaten gewesen sind!) Auf die drei Jahre, die Sie (links) noch abzuwarten möchten, kommt es nicht allein an; die Kriegervereine sollen ihren Kriegsherrn auf lange Jahre zur Verfügung stehen, treu ohne jeden Hintergedanken (Zustimmung rechts). Die Kriegervereine werden es den Sozialdemokraten niemals vergessen, wie sie von ihnen belumpft worden sind, wie man die Mitglieder der Kriegervereine zu Bürgern zweiter Klasse degradiren möchte. Ueber eins angeblich geschwundene Handlung der Kriegervereine haben doch diejenigen am allerwenigsten Ursache sich zu beschweren, die sich selbst außerhalb des Gesetzes gestellt haben, wie die Sozialdemokraten dies gethan haben auf dem Wädener Kongress, als sie aus ihrem Programm die Worte: mit gesetzlichen Mitteln, strichen. Es wird Niemand gezwungen, in die Kriegervereine einzutreten; Sozialdemokraten sind nach den Statuten ausgeschlossen, wenn sie trotzdem eintreten, so haben sie die Folgen der Selbst-zufrieden zu empfangen.

Abg. Barth (Dr.): Die Rede für die Aufrechterhaltung des Sozialistengesetzes war ja sehr schön (Heiterkeit links); aber die Dinge liegen doch ganz anders; die Rede paßt gar nicht hierher. Seitdem das Sozialistengesetz gefallen ist, steht ja auch die Sozialdemokratie nicht mehr außerhalb des Rechts. Von der Treue gegen das Vaterland zu sprechen, hat doch ein Herr aus Sachsen am allerwenigsten Veranlassung; diese Treue ist doch manchmal etwas seltsam ausgeübt worden. Wenn der Borsdorfer das Fehlen Nickers bedauerte, so weiß ich nicht weshalb. Herr Nicker hätte ja aus seiner Rede nichts Neues erfahren. Nicker ist, wie die ganze linke Seite dieses Hauses, nicht der Meinung, daß Kriegervereine Politik treiben sollen. Die Herren rechts sind anderer Meinung. Jedes Mitglied eines Kriegervereins mag ogilliren so viel es mag; aber die Kriegervereine als Korporation sollen sich nicht in die Wahlen mischen. Wir werden deshalb für den Antrag der Kommission stimmen.

Abg. Auer: Der Abg. Mehnert hat aus alten Schindlern, alten Zeitungen und vor Allem aus dem bekannten Buch des schwäbischen Pfarrers Schuster an Fälschungen, die schon so oft nachgewiesen sind, alles Mögliche zusammengesezt, um zu zeigen, daß die Sozialdemokratie ihre Pflicht gegenüber dem Vaterlande nicht erfüllt hat. Einen Beweis aber hat er nicht zu erbringen vermocht. In Bezug auf den Fahnenid hat er und auch nicht bewiesen, was er uns beweisen wollte; daß der Fahnenid die Basis für die Wirkung der Kriegervereine ist. Früher wurden die Mitglieder der Kriegervereine einmal aufgefordert, für die Wahl des „Kameraden“ Jeth an die Urne zu treten; wer das nicht thäte, sei ein Reichsfeind, bräche seinen Fahnenid und sei ein Vaterlandsverräther. In dem vorliegenden Falle sind die Kriegervereine für einen freimüthigen mobil gemacht worden: wer nicht Herrn Jangenneister wähle, sei ein Vaterlandsverräther. In der Wahlprüfungskommission beschließt ein gegenwärtig die Wahl des Abgeordneten Brumbit im 8. sächsischen Wahlkreise; und hier sind die Kriegervereine gegen den freimüthigen mobil gemacht worden. In Götting ist es also ein Fahnenidbruch, wenn die Kriegervereine für einen freimüthigen stimmen, im 8. sächsischen Wahlkreise ist es ein Fahnenidbruch, wenn die Kriegervereine gegen den freimüthigen stimmen. Wir meinen, der

Fahnenid wird als Soldat geschworen, hat aber keine Wirkung für das politische Gebiet. In dem Fahnenid schwört man, dem Vaterlande zu Wasser und zu Lande Hülfe zu leisten; von dem Vaterlande an der Wahlurne sieht darin nichts. Was ist in Deutschland nicht schon alles Reichsfeind gewesen! Der Abgeordnete Mehnert ist noch nicht so alt wie sein neben ihm stehender Schwiegerpapa (Abg. Ackermann), der weiß, daß er früher auch zu den Reichsfeinden gerechnet worden ist. Die Zentrumspartei wurde eine Zeit lang viel schlimmer behandelt als heute die freisinnige und sozialdemokratische. Ausgeschlossen ist es nicht, daß auch der Abg. Mehnert in Zukunft einmal ein Reichsfeind wird, ich traue es ihm allerdings nicht zu. Wenn wir, wie der Abg. Mehnert, darauf ausgingen, Jahrzehnte zurückzugreifen, um zu erforschen, was Dieser und Jener einmal gesagt hat, wie würde es da bei den Freunden des Abg. Mehnert aussehen! Beim Friedensschluß im Jahre 1866 wurde eine besondere Bestimmung getroffen, daß gegen viele Landesleute, die sich an laubdeserrätherischen Unternehmungen betheiligt hätten, eine Klage nicht weiter erhoben werden dürfte. Wir haben nie um Härtegunst gebühlt, hielten auch heute nicht darum. Wir leisten unsere staatsbürgerlichen Pflichten, sind nicht in Klammern und Wärdern, die uns zwingen, im Falle einer Annexion dem neuen Herrscher denselben Eid zu leisten wie dem depossedirten. Der Nachweis eines Vaterlandsverräthers würde uns auch dann nicht erbracht werden können. In einem Marckschen Briefe von 1870 soll stehen, daß das Vaterland nur ein Begriff für Schuste und Narren sei. Diese Aeußerung steht nicht in dem Briefe, und wenn Herr Mehnert ein solches Zitat in die Hand gekommen ist, so war das eine Fälschung. Marx wendet sich in seinem Briefe an den Partei-Ausschuss, der bei Beginn des französischen Krieges mit in den allgemeinen nationalen Jubel hineingezogen war, und meint, daß nach der Schlacht bei Sedan Frieden geschlossen werden müsse. Er bekundete einen außerordentlich scharfen Blick, wenn er sagt, daß im Falle der Fortsetzung des Krieges die nationalen Gegenstände für alle Zeit verschärft werden dürften, daß eine Abtretung Elsaß-Lothringens Frankreich in Zukunft in die Arme Rußlands treiben würde. Wie stehen denn heute die Dinge? Gegenwärtig wird schon wieder die Stimmung gemacht für eine Vernehmung der Wehrkraft. Doch Niemand in späterer Zeit eine andere Ansicht haben kann als früher, zeigen uns die Parteigenossen des Abg. Mehnert am deutlichsten, die früher fanatische Freihändler waren und jetzt die extremsten Schutzöllner sind. Wenn der Abg. Mehnert einen Wechsel in der Ansicht mit politischer Urtheilslosigkeit auch bei seinen Parteigenossen in Zusammenhang bringen würde, so kennt er diese schlecht. Denn diese wissen sehr wohl, was sie wollen. Die Sozialdemokratie solle es den Kriegern verdanken, daß ihre Vertreter hier im Hause sitzen. Welchen denn? Den bei Langensalza geliebten Hannoveranern oder den bei Hisingen geliebten Bayern oder den bei Königgrätz und in Nordböhmen so arg mitgenommenen Söhnen? Wenn die Behauptungen des Abgeordneten Mehnert richtig wären, sähe er vielleicht auch nicht hier, was ich nicht einmal als ein großes Unglück betrachten würde. (Heiterkeit.) Zu dem Verlauf der Dinge nach 1866 haben die Krüge gewiß auch beigetragen, aber sie waren doch nur ein Mittel zum Zweck, nicht das Ausschlaggebende. Daß wir hier sind, daß das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht eingeführt ist, verdanken wir der Spetulation des verflorenen Reichslandtags, der die Sozialdemokratie gebrauchte, um die Bourgeoisie zu ärgern. Wir wollen die Mitglieder der Kriegervereine durchaus nicht zu Bürgern zweiter Klasse degradiren, sondern wenden uns nur gegen ihre privilegierte, bevorzugte Stellung. In Sachsen ist es der erste Bürger des Staates, der König, welcher die Kriegervereine aufgefordert hat, sich an der Wahlbewegung zu betheiligen gegen diejenigen Parteien, welche beifassen seien. Staat und Ordnung zu untergraben. Das richtet sich nicht allein gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen die Deutschfreisinnigen. Diese Aeußerung des Königs ist von den sächsischen Kriegervereinen überall hin verbreitet worden, aber selbst die sächsischen Gerichte halten es nicht für eine Beleidigung, wenn Jemand Sozialdemokrat genannt wird, und doch wird man den sächsischen Gerichten nicht nachsagen wollen, daß sie die Sozialdemokraten doch halten. Die Sozialdemokraten haben nur unter einem ganz unerhörten Gewissenszwange im Jahre 1878 gehandelt, wenn sie ihre Zugehörigkeit zur Partei ableugneten. Ich würde heute noch den Arbeitern dasselbe zu rathen, wenn jene Verhältnisse wiederkehrten. Wie, Herr Mehnert, haben Sie nun den Beweis erbracht, daß die Sozialdemokratie ihre Pflicht gegen das Vaterland nicht erfüllt hat?

Abg. Mehnert: Herr Auer hat nicht glatt und ehrlich Stellung genommen zu dem, was früher von hervorragenden Parteigenossen gesagt worden. Denkt er noch heute so oder anders? Der Abg. Auer hat, so viel ich ihn verstanden habe, die Urtheile sächsischer Gerichtshöfe in Zusammenhang gebracht, mit den Worten Lumpen und greulich. (Widerspruch links; Präsident v. Levetzow: Das hat der Abg. Auer nicht gethan!) Die sächsischen Gerichte sind für Sie ja der rothe Lappen, auf den Sie gewöhnlich geradezu losstürzen. Solche Angriffe werden die Ehre, das Ansehen und die Gerechtigkeit der sächsischen Gerichte nicht im Mindesten mindern. Der Abg. Auer fragte, aus welchen Schindlern ich meine Aeußerungen entnommen habe. Ich habe sie entnommen aus den Ausführungen hervorragender sozialdemokratischer Parteigenossen, insbesondere Dieblrecht's. Ob auch deren Ausführungen zu den Schindlern zu rechnen sind, muß ich dem Abg. Auer überlassen.

Abg. Veibel: Ich soll in einer öffentlichen Versammlung in Dresden von einem Parteiblatt gefragt haben, es habe insofern sehr geschadet, als es zuviel von den Endzielen der Partei vertrat. Schon die Klugheit hätte mir verboten, eine solche Aeußerung, selbst wenn sie meinen Ansichten entsprach, in öffentlicher Versammlung zu thun, wo auch die gegnerische Presse vertreten war. Ich habe aber ausdrücklich anerkannt, daß das Blatt in seinen prinzipiellen Ausführungen vollständig korrekt gehandelt hat. Ich habe mich nur gegen die Form, in der dieses Blatt die Vertretung der Partei übernommen hatte, auf das Entschiedenste erklärt, weil diese Form dazu geeignet sei, die Leute außerhalb unserer Partei nicht anzuziehen, sondern abzuschrecken. Wenn sächsische Gerichte etwas als strafällig angesehen haben, was im übrigen Deutschland als erlaubt straflos bleibt, ich erinnere nur an Voskottentzungenen, so hat man wohl Ursache, sich über dieselben zu beschweren. Andererseits hat aber Auer soeben selbst den sächsischen Gerichten Gerechtigkeit widerfahren lassen. Die sächsischen Kriegervereine haben früher eine ganz andere Haltung eingenommen wie heute. Ich erinnere nur an ihre Haltung in den Jahren 1868—70. Ich bin damals in Glauchau gewählt, und die Kriegervereine sind zu jener Zeit Mann für Mann für die Sozialdemokratie an die Wahlurne gegangen, und an allerhöchster Stelle hatte man dagegen absolut nichts einzuwenden. (Hört, hört! links.) Noch 1877 und 1878 schrieb das Deiborgan des Herrn Mehnert, die „Deidener Nachrichten“, in dieser Beziehung ganz anders wie heute. Und 1867 nach Schluß des Norddeutschen Reichstages kam der Vater des Abg. Fehren v. Friesen in Leipzig in meine Werkstätte und beklagte sich über meine Jungferntrede im Reichstage, die gegen den Norddeutschen Bund gerichtet war. (Heiterkeit links.) 1884 forderte der Polizeipräsident von Magdeburg seine Parteigenossen auf, für den Sozialdemokraten und gegen den Deutschfreisinnigen zu stimmen. Sie (rechts) haben also keine Veranlassung, sich über andere Parteien zu erheben. Was unsere früheren Ausführungen betrifft, so erkläre ich und heraus, daß ich von dem, was ich früher gesagt, kein Wort zurücknehme. Diese Aussprüche waren der Ausdruck der Bestimmungen und Stimmungen, wie sie aus der Natur der damaligen Verhältnisse hervorgegangen sind. In dem Maße, wie sich die Verhältnisse und Zustände änderten, haben wir auch unsere Ansichten geändert. Wir haben dasselbe gethan, was jeder ansändige Mensch thun wird, wir haben uns den jeweiligen Zuständen und Dingen unser Urtheil

geschöpft und demnach unsere Taktil eingerichtet. Bestände die damalige Situation noch heute, so würden wir nach meiner festen Überzeugung genau so handeln, wie damals. Wenn sich jemand geändert hat, so sind Sie es, die noch vor kurzer Zeit sich gegen die Arbeiterfrage passiv verhielten. Nur dem starken Vorwärtsgedenken und Agitieren immer auf dasselbe Ziel hin haben wir es zu verdanken, daß unsere Partei das ist, was sie heute ist.

**Abg. Ackermann (M.):** Der Abg. Weibel meinte, die sächsischen Gerichte fällten Urtheile, wie sie in anderen Staaten nicht vorkommen, und bezog sich dafür auf die Urtheile in den Boykottsachen. Solche Verurtheilungen sind nur unter Strafe gestellt worden, wenn damit Störungen der Ruhe und Ordnung verbunden waren und die Polizei dabei engagirt war. Aus solchen sehr unvollständig dargestellten Fällen ein Urtheil über die Gerichte zu konstruieren, ist nicht möglich.

Unter Ablehnung des Antrags Mehnert wird der Kommissionsantrag angenommen.

Die Wahlen der Abgg. Holz (S. Marienwerder) und Reichert (7. Baden) werden für ungültig erklärt; bezüglich der Wahl des Abg. Merbach (S. Sachsen) wird beschloffen, die Entscheidung auszusprechen und die von der Kommission beantragte Erhebung zu veranlassen.

Lamit ist die Tagesordnung erledigt.  
Schluß 6 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr.  
(Nachtragsetat, betreffend Errichtung einer Ministerresidenz in Luxemburg und Etat der Zölle und Verbrauchssteuern.)

## Lokales.

**Herrn C. Richter's Rathlosigkeit in nationalökonomischen Dingen** wird nachgerade mitleiderweckend. Man häre ihn in der letzten Nummer seiner „Freis. Zig.“ schimpfen:

„Auf unsere neuliche Bemerkung, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen viele Arbeitgeber veranlassen würde, die Produktion überhaupt aufzugeben und damit die Arbeitslosigkeit noch zu vergrößern, weiß Herr Lieber nicht nichts zu erwidern, als daß dies eine Nebenfrage sei.“ (Herr Richter giebt hierbei mit berechnender Sophistik unsere Bemerkung falsch wieder.)

Der Kernpunkt weicht nicht von den Wirkungen einer Arbeitszeitverkürzung und verfällt daher in ein ohnmächtiges Geschimpfe. Wir wollen jedoch nicht so sein, sondern uns des Unwissenden einmal annehmen. Ein kurzer Normal-Arbeitszeit (innerhalb der gegenwärtigen Produktionsordnung) würde bewirken: eine Verminderung der industriellen Ueberschwemme, damit zugleich etwas verbesserte Chancen für die Lohnkämpfe der aktiven Arbeiter-Armee, ferner eine Erhöhung der Löhne (wenn Bismarck und Eugen Richter das auch nicht glauben wollen), vor allem aber natürlich eine geistige Erhebung der Arbeiter und hiermit zugleich eine bessere Stimmung der Arbeiterklasse, ihr größtes Ziel, die Zurückführung der Arbeitsmittel in den Besitz des arbeitenden Volkes, zu erreichen. Das sind die Wirkungen, die ein kurzer Normal-Arbeitszeit in erster Linie hat. Die zweite Reihe wäre der Einfluß der Arbeitszeit-Verkürzung einerseits auf den Waarenpreis, andererseits auf die Technik zu untersuchen. Endlich zu den dann noch übrig bleibenden vorübergehenden Nebenwirkungen gehört, daß wenig kapitalkräftige Unternehmer in einigen Fällen die Produktion nicht mehr in dem früheren Umfange fortführen können und daß so der Untergrund des Kleinbetriebes beschwächt wird. Nach dieser kleinen nationalökonomischen Skizze für den WBC-Schüler der Nationalökonomie, Eugen Richter, haben wir lehteren noch daraus aufmerksam zu machen, daß er im letzten Jahre Rückschritte gemacht hat. Noch im vorigen Jahre giebt er an, daß die Verkürzung der Arbeitszeit zu einer Verminderung der Privatbetriebe und damit zu einer rascheren Verstaatlichung der gesamten Arbeit führen werde. Gegenüber dieser Einsicht zeigt seine jetzige Behauptung, daß die Verkürzung der Arbeitszeitverkürzung eine endgültige Einschränkung der Produktion sein werde, einen argen Rückschritt. Was sagen übrigens die Herren Vorh und Widmel zu den nationalökonomischen Vätern des politischen Führers ihrer Partei? Herr Richter gesteht diesen Herren allerdings einen Vorzug gar nicht zu, sondern hält sich selbst, so pübig es auch klingt, für den besten Nationalökonom der Partei. Im deutsch-freiwirtschaftlichen Arbeiterverein dramatisirte er vor einiger Zeit, daß er sich immer auf die unbesetzten Plätze setze und deswegen die Diskussion mit den Sozialisten aufgenommen habe. Möge er recht lange auf seinem Posten bleiben!

Die **Kochkunst-Ausstellung**, welche am Sonntag geschlossen wurde, war das Produkt eines tief empfundenen Bedauernisses. Man kann es den Bedauernswürthigen, die dazu verurtheilt sind, bei Banleitern oder offiziellen Festessen, an den blühenden Familientafeln oder an den reich servirten Tischen vornehmer Restaurants sich hingucken zu essen, wahrlich nicht verübeln, wenn sie das gebotene ewige Einerlei längst überdelonnen und sich an den bisherigen lustlichen Genüssen und Kunststücken der Gastronomie gründlich den Magen verdorben haben. Der Mensch will eben eine Veränderung haben und auch die ausserordentlichen Nenns werden auf die Dauer langweilig, wenn sie sich im Großen und Ganzen immer gleich bleiben. Es war fürwahr schon ein Nothstand, der nicht geleugnet werden kann, unter den oberen Tausenden ausgebrochen und eine bedrohliche Hungernoth war im Anzuge. Man war nicht im Stande, etwas zu genießen, die feineren Feinheiten der Kochkunst hatten ihren Reiz verloren, die Gourmands und Feinschmecker verlangten nach neuem Gaumenreiz, nach neuen Lederbissen — da war es wahrhaftig ein Glück, daß der deutsche Gastwirthes-Verband auf den ingenuen Gedanken kam, eine Kochkunst-Ausstellung zu inauguiren und einen edlen Wettkampf auf dem Gebiete der Kochkunst in die Wege zu leiten. Da haben sich denn gar viele Leute die Köpfe zerbrochen, um mit größtem Raffinement etwas Neues zu „erfinden“, die Appetitlosigkeit der armen Reichen in einen Wollhunger zu verwandeln. So ist denn die Kochkunst-Ausstellung ein ständiges Schlaffenleben und ein würdiger Spiegelbild von dem Schlaffenleben mancher Leute! Die Kochkunst-Ausstellung hat ihren Zweck erreicht; in hellen Schaaren stürzen sich die hungernden Gourmands und die verpeffelten Hausdamen — Hausfrauen kann man anstandslos daher wohl nicht sagen — in die Ausstellungsräume, machen gastronomische Studien, erhalten neue Anregungen, neuen Appetit, neue Lebenslust — der Staat ist wieder einmal gerettet, die bedrohliche Unzufriedenheit aus den Kreisen der höheren Stände verbannt. Die größte Beugung über die pyramidalen Anmerkungen, welche der Schöpfung des deutschen Gastwirthes-Verbandes gestellt wird, wird sicher die „Deutsche Gastwirthes-Zeitung“ empfinden. Schrieb dieselbe doch in seliger Vorahnung vor zu erregenden Triumphe der Gastronomie in ihrer Nummer vom 4. d. M.:

„Fast unmittelbar stehen wir vor der Eröffnung einer Ausstellung, bestimmt, die Fortschritte zu zeigen, die auf dem Gebiete der Gastronomie nach jeder Richtung hin gemacht worden sind, und das Streben nach immer größerer Veredlung, welches alle unsere Verursacher, jeden in seinem Kreise, erfüllt.“  
Sogar haben sich auch diesem feindlichen Unternehmen Nachschäfer verchiedenster Geiger in den Weg gestellt. Reid und Wagnert ihre gelben Zähne gezeigt; zum Glück oder sind alle derartigen Anschuldigungen wirkungslos abgefallen an den zielbewußten Unternehmern nicht nur, sondern auch den maßgebenden Behörden, ja, wie werden mit patriotischem Stolz den Triumph erleben dürfen, eine preussische Prinzessin, die vermittelte Gemahlin des ruhmreichen Siegers von Tappel und Alsen, Reg und Orleans, die Frau Prinzessin Friedrich Karl, unserer Ausstellung die Weihe geben, sie eröffnen zu sehen.  
Schon in unserer vorletzten Nummer haben wir betref-

dieser Thatsache der uns befehlenden Beugung entsprechenden Ausdruck gegeben, heute nun möchten wir unseren ehrerbietigen Dank abstatten Sr. Majestät dem Kaiser für die gestattete und der hohen Frau für die Uebnahme des Protektorates und die große Gnade, die dem Gastwirthesgewerbe und den ihnen verwandten Fächern erwiesen, dadurch aber uns in unserer Ueberzeugung bestärken, daß auch unsere Bestrebungen Allerhöchstenorts gewürdigt und anerkannt werden entgegen einem kürzlich in öffentlicher Sitzung des Abgeordnetenhauses seitens des Herrn Abg. von Tiedemann-Vomst ausgesprochenen sehr wegworfenden Urtheile über unseren Stand, welches freilich von der allgemeinen Stimme ebenso zurückgewiesen worden ist.

Wie konnte das aber auch anders sein, wie konnte ein erlauchter Monarch, als welchen Sr. Majestät vom ersten Augenblick seiner Regierung an sich gezeigt, die Bedeutung der Kochkunst für das Leben verkannt haben, er, dessen weiter Blick alle Vorgänge im Lande mit gleicher Liebe umfaßt, der selbst die Produkte unserer Kunst so wohl zu würdigen weiß und des Weltweisen Kant großes Wort: „Der Mensch ist, was er isst!“ nicht vergessen hat. . . .

Natürlich bringen die Tageszeitungen spaltenlange Berichte über die Kochkunst-Ausstellung, welche zu lesen an sich schon ein Hochgenuss ist. Alle die Tausende, welche hungernd die Straßen durchstreifen, alle jene Tausende, welche sich bei aufreibender Arbeit von Kartoffeln, Brot und „Kaffee“ ernähren, werden dennoch gut thun, sich der Lektüre dieser Berichte fleißig hinzugeben, um sich auch einmal in Gedanken einen guten Tag zu machen.

So grandios auch die Erfolge der Kochkunst-Ausstellung sein mögen, uns will dieselbe dennoch — verzeihen Sie das harte Wort — unvollkommen, mindestens mangelhaft erscheinen. Es will uns bedünken, daß es eine nicht allzu große Kunst ist, etwas Gutes zu kochen, wenn man Alles dazu hat; es scheint uns vielmehr eine viel größere Künstlerkunst dazu gebührt, zu kochen, wenn man nichts dazu hat. Aus diesem Grunde scheinen uns unsere Proletarierfrauen viel größere Künstlerinnen auf dem Gebiete der Kochkunst zu sein, als die Herren Köche und Gastwirthes und sonstige gastronomische Küchenlichter. Und doch ist die Proletarierkunst auf der Ausstellung gänzlich ignoirt worden. Es wäre wohl am Platze gewesen, wenn doch einmal von Kochkunst die Rede ist, daß die Fertiger der berühmten Speisezetteln für Arbeiter eine Probe ihrer Kochkunst abgelegt hätten; zum mindesten hätten doch die Berliner Volksküchen auf der Kochkunst-Ausstellung würdig vertreten sein müssen, diese Musteranstalten, die sich bereits staatlicher Anerkennung rühmen dürfen, denn aus Spandau wird berichtet:

Die Speisewirtschaft der Munitionfabrik in Spandau ist am Montag dem Verkehr übergeben worden; die Kochanlagen reichen zur Herstellung des Mittagessens für 3000 Personen aus. Es wird ein ständiger Mittagstisch für das Personal der Fabrik geführt, für welchen die Rezepte der Berliner Volksküche maßgebend sind. Die ganze Portion kostet 25 Pf., die halbe 15 Pf. Ein Verzeichnis der Speisen hängt öffentlich aus. Die Direktion ist verpflichtet, zeitweise die Güte der Speisen zu kontrollieren.

Es ist wohl anzunehmen, daß die Arbeiter der Munitionsfabrik die Kochkunst-Ausstellung nicht besuchen. Sie sind wenigstens der Gefahr entrikt, die Rezepte der Berliner Volksküche mit den Rezepten der Ausstellungsobjekte zu vergleichen. In einer anderen Lage dürfte sich aber die Direktion befinden und die ihr übertragene Verpflichtung der zeitweiligen Kontrolle der Güte der Speisen der dortigen Speisewirtschaft dürfte gerade nicht zu ihren angenehmen Pflichten gehören.

So wieft die Kochkunst-Ausstellung nach allen Richtungen hin, selbst nach solchen, an die gewöhnliche Sterbliche nicht einmal im Traume denken. Zum Beweise diene folgende Zeilungs-Notiz:

Der Berliner Lokal-Anzeiger ladet alle auswärtigen und hiesigen Gastwirthes nebst Frauen zu einem Besuch seiner Druckerei, Zimmerstraße 40/41, am Sonnabend, den 7. d. M., Nachmittags pünktlich 4 Uhr ein, um ihnen seine umfangreiche Offizin zu zeigen. Es wird dadurch den Kollegen Gelegenheit geboten, eine große Druckerei in allen ihren Theilen unter Führung des Eigentümers und Verlegers in Augenschein zu nehmen.

Und wer's nicht glaubt, der irrt sich! Das geht denn doch noch bald über den „Blaufloher“!

Und gerade, als wir alles das Schöne, was hier oben steht, zu Papier gebracht hatten, kommt ein Mann in athemlosen Lauf aus der Volksküche 10 am Oranienplatz zu uns. Er hatte dort weiße Beinen gekostet und zum Zeichen des segensreichen Wirkens der Frau Lina Morgenstern halte er seine „Portion“ Schweinefleisch in ein Blatt Papier gewickelt, welches die Größe des gewöhnlichen Zigarettenpapiers hatte. Nachdem das Stück inländisches Schwein mit Hilfe einer Lupe entdeckt war, wogen wir es: es wog zwölf Gramm. Die Mehrzahl der Gäste aus der Volksküche soll an Fettsucht erkrankt sein. —

Unter der **Spinmarke**: „Zur Nothstandsfrage“ entnehmen wir hiesigen Blättern die Notiz, daß sich bei der Inhaberin eines Posamentier- und Schnittwaaren-Geschäftes in der Brunnenstraße, auf deren Annonce hin, daß sie für einen kleinen Gehalt eine — selbstverständlich — tüchtige Verkäuferin, welche noch dazu geschickt Nähmaschinen-Arbeiten anzufertigen versteht, suchte, an einem einzigen Vormittag 32 Bewerberinnen gemeldet hätten, — was man hier unter kleinem Gehalt versteht, wenigstens gewöhnlich in solchen Fällen, bei diesem einen liegt uns dafür leider kein Beweis vor, daß können wir unseren Lesern verathen. In der Regel versteht man bei einer Verkäuferin unter kleinem Gehalt monatlich 30 bis höchstens 40 Mark, aber auch noch weniger; bei einem männlichen Angestellten im kaufmännischen Gewerbe stellt sich dasselbe der Zahl nach etwas höher, den Verhältnissen aber entsprechend eigentlich bedeutend niedriger; hier ist auch das Angebot und das Raffensleben ein bedeutend größeres, bei ihnen versteht man gewöhnlich unter „mäßigem“ Gehalt einen monatlichen Betrag von 50, im allergünstigsten Falle 60 M., während 75 M. schon als eine großartige Lohnung betrachtet werden muß, wovon man vielfach auf Löhne von 40 und 55 M. bei den kaufmännischen Arbeitern stößt. Und trotz alledem ein solcher hoher Verdienst zu den so niedrig bezahlten Stellen! — Wenn dieses Faktum als ein Beleg für den hohen Nothstand angesehen wird, so kann das kein Wunder nehmen. Von informirter Seite geht uns jedoch die Mittheilung zu, daß dieses Verhältnis noch ein ganz normales ist, daß der Antrag an anderen Stellen noch bedeutend größer ist. So wird uns als verbürgt gesagt, daß es häufig vorkommt, daß auf eine Annonce, welche natürlich schriftlich erscheint und in welcher ein gewandter Buchhalter zu dem monatlichen Lohn von 50 oder 60 M. gesucht wird, nebenbei werden meistens von demselben noch alle möglichen Kenntnisse verlangt, nicht weniger als 500 Bewerbungen einlaufen. Aus dieser großen Zahl als der „Glückliche“ hervor zu gehen, das ist in der That das reine Glücksspiel, ein Jussallspiel, das noch weit ungünstigere Chancen bietet, als die berühmte Schloßtheaterlotterie. Denn sämtliche eingelassenen Briefe zu öffnen und zu prüfen, das dürfte den Herren doch zu viel Zeit in Anspruch nehmen; man begreift also, daß die Wahl auf einige Wenige fallen muß, welche dann hingilizt werden, um sich einer Verpflichtung zu unterziehen. Und gerade unter dem gegenwärtig immer noch überhand nehmenden Unwesen der schriftlichen Anzeigen haben die kaufmännischen Angestellten sehr zu leiden, da sie dadurch nicht nur stets in großer Unsicherheit leben, sondern, da ihnen auch noch erhebliche Ausgaben dadurch erwachsen, indem sie häufig ihre letzten Groschen für Papier und Porto weggeben müssen. Der Grund jedoch, weshalb die Prinzipale, ohne ihren Namen offen zu nennen, inserieren, ist darin zu suchen, daß sie sich schämen, öffentlich die unerhöchsten Lohnanerbietungen mit ihrem Namen zu deden. Außerdem aber wird dieses Unwesen sehr viel von Schwindlern benutzt, denen schon so mancher

unerfahrene Handlungsbesessene in die Hände gefallen ist, doch hierauf näher einzugehen, würde zu weit führen.

Der Leser wird sich aber hieraus lebhaft vorstellen können, welche rapide Höhe die Arbeitslosigkeit und damit die Hand in Hand gehend das soziale Elend unter den kaufmännischen Lohnarbeitern angenommen hat. Es wird einem da auch erklärlich, worin die tiefer liegenden Ursachen für die zahllosen Unterhaltungen und Verunreinigungen, welche die Lokalpresse, und auch uns, im verfloffenen Jahre und auch schon im neuen dauernd beschäftigten, zu suchen sind.

Im **Ernennen der verschiedenartigen Minister** besitzt das „Berliner Tageblatt“ eine bemerkenswerthe Befähigung. Leider treffen die Prophezeiungen nicht immer ein. Wenn aber der Inhaber irgend eines Ministerseffes ins Wanken geräth, so hat das „Berliner Tageblatt“ sofort einen Erfahmann in Petto, der gewöhnlich nur die Schwäche aufweist, daß sich die Personen, welche die betreffende Stelle wirklich zu vergeben haben, niemals um ihn kümmern. Früher sahen die Spezialkorrespondenten des „Berliner Tageblatt“ immer in der Reichskasse von Boepke, und von dieser historischen Stätte aus wurde dann die Welt regiert, man verschob Erdtheile und verschanzte Königreiche. Die „sicheren Quellen“ des Organs des Herrn Mosse sprudelten aus den Reichskassen des Geheimrathswirthes und die Spezialkorrespondenten hatten ihre Nachrichten nur so an der „Strippe.“ So hatte das „Berliner Tageblatt“ neulich wieder den Posten des Chefs des Generalstabes zu besetzen. In der Jerusalemstraße fiel die Wahl auf den General von Wittich, dessen Lebensbeschreibung denn auch im „B. Tagbl.“ prangte. Der militärische Nachrichtenendienst scheint bei dem Blatte ausgezeichnet organisiert zu sein — man spricht davon, daß einer der Keller bei Pappe erst kürzlich eine mehrtägige Uebung beim Train absolviert hat — und so erwies sich denn die Mittheilungen des Organs des Herrn Mosse wieder als überaus zutreffend. Der Herr, der Chef des Generalstabes wurde, heißt allerdings nicht Wittich, sondern Graf Schlieffen; doch darauf kommt es weniger an, denn die gedruckten „Gillantsaaten“ fliegen nicht Jedem so ohne Weiteres in den Mund. Jedensfalls ist das „Berliner Tageblatt“ in solchen Fragen vorzüglich unterrichtet und gewissermaßen Autorität — die Leser brauchen nur immer das Gegentheil von dem zu glauben, was das Blatt mittheilt, dann schützen sie sich selbst am besten vor großen Enttäuschungen. Die stehende Zeitungsphrase: „Wie wir aus besserer Quelle erfahren“ müßte das Blatt nur ändern in: „Wie wir aus besserer Luft greifen“ — dann hat es den Nagel auf den Kopf getroffen.

Die **hiesigen Unternehmer wissen überall Kapital herauszuschlagen**. Wir lesen in der „Post. Zig.“: Bei der Altersversicherung kann der fonderbare Fall eintreten, daß ein Chef Gehaltszulagen erhält und dabei noch Geld spart. In einem hiesigen großen Bauhause bezog eine Anzahl junger Leute bisher 2000 Mark, sie waren also versicherungspflichtig. Denselben wurde Ende vorigen Jahres eröffnet, daß Gehalt würde entsprechend erhöht werden, sie brauchten sich nicht zu versichern. Die Betreffenden erhofften nun eine, wenn auch nicht bedeutende Gehaltserhöhung; diese „Zulage“ ist jetzt mit drei Mark jährlich eingetroffen. Die vom Chef zu tragende Versicherungshälfte hätte 15 Pf. x 52 = 7,80 M. gekostet. Der sparsame Chef profitirt somit bei dieser Zulage noch 4,80 M. jährlich.

**Achtung!** Der Buchbinder Eugen Sieberg brandschaft seit Wochen die Vertrauensmänner, Verbände und besonders die Gastwirthes. Der Herr, ein ungefähr 22 bis 23 Jahre alter Mensch, weiß durch Vorspiegelungen falscher Thatsachen die Teilnahme seiner Opfer zu erwecken. Mit Hilfe eines gefälschten Engagementsscheines ist es dem Schwindler sogar gelungen, von den Genossen des vierten Wahlkreises einen Jahreschein nach Auhorst zu erhalten. Das Fahrbillet wurde jedoch von ihm nicht benutzt. Derselbe hat einfach den Tag verlassen, das Geld für das von einem Genossen gelieferte Billet sich von der Eisenbahnverwaltung zurückerhalten lassen und befindet sich noch jetzt in Berlin und zwar in der Schmiedeburke, Mulackstr. 9.

Der **Durchgänger Wigala**, auf dessen Ergreifung von der geschädigten Firma 1000 M. Belohnung ausgesetzt waren, ist am Sonnabend infolge der Depeschen, welche die hiesige Kriminalpolizei in alle Hafenstädte hatte gelangen lassen, in Antwerpen verhaftet worden.

Von der hiesigen Behörde wird jedoch bereits ein neuer Durchgänger verfolgt, der seit dem 28. v. M. flüchtige Kaufmann und Fondsmakler Wela. Bezüglich des Wela ist jetzt schon festgestellt, daß er Depot in Höhe von 50 000 M. verrentet hat. Er lebte hier mit einer Sängerin zusammen, die er für seine Frau ausgab und mit welcher er auch diese „Reise“ gemeinschaftlich unternommen hat. Wela ist 28 Jahre alt, 1,75 Meter groß, von schlanker Figur, hat schwarzes Haar, schwarzen Schnurrbart, dicke Lippen und blaues Gesicht. Er trug ein Pincenez und elegante Kleidung.

Auf einem **hiesigen Telegraphenam** erschien dieser Tage ein hagerer Mann mit braunem Ueberzieher, welcher nach Rathenow an eine dort wohnende Wittve, deren Sohn in Berlin eine Fabrik besitzt, eine mit dem Namen des Sohnes unterzeichnete Depesche ausgab, in welcher er um sofortige telegraphische Zusendung von 500 Mark ersuchte. Am Abend erschien der Mann wieder, um nach dem Geld zu fragen, das noch nicht eingetroffen war, weil die Wittve ihren zweiten Sohn mit dem Gelde nach Berlin geschickt hatte, wo sich der Schwindler herausstellte.

**Polizeibericht.** In der Nacht zum 7. d. M. wurde eine obdachlose Frauenperson in der Thürische des Hauses Viktorienstraße 12 erkrankt vorgefunden und mittelst Droschke nach der Charitee gebracht. — Am 7. d. M. Nachmittags wurde ein drei Jahre alter Knabe vor dem Hause Kreuzbergstraße 12 von einem Pferdebestandswagen überfahren und erlitt hierbei so schwere Verletzungen der Brust, daß er kurze Zeit darauf verstarb. — Abends wurde der in der Posamenten-Fabrik von Boehm, Prenzlauerstraße 41, beschäftigte Arbeitsbursche Bogt im Keller des gedachten Hauses mit Verwundungen am Halse demüthlos aufgefunden und, nachdem er sich wieder erholt hatte, nach der Wohnung seiner Mutter gebracht. Nach seinen Angaben ist er von dem 18 Jahre alten Tischlerlehrling Borchardt in den Keller gelockt worden, angeblich um ihm beim Forttragen von Holz behilflich zu sein, und dort von ihm plötzlich zu Boden geworfen und so lange am Halse gewürgt worden, bis er die Bewußtsein verlor, worauf Borchardt ihm die 5,71 M. enthaltende Geldtasche abgenommen hat. Der Thäter ist verhaftet. — Am 8. d. M. Mittags fiel ein Mann im Humboldt-hain nahe dem Denkmal infolge der Glätte zur Erde und brach den rechten Oberschenkel, so daß er nach dem Lazarus-Kranken-haus gebracht werden mußte. — Nachmittags wurde ein Mann vor dem Hause Kohnstraße 27 von einer Droschke überfahren und am linken Arm und Bein so bedeutend verletzt, daß seine Ueberführung nach der Charitee erforderlich wurde. — Am 7. und 8. d. M. fanden neun kleine Brände statt, außerdem war die Feuerwehr in der Nacht zum 9. d. M. bei einem Feuer in Rigdorf thätig.

## Soziale Ueberblick.

In die Mitglieder der Gewerkschaften richtet die General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands (Hamburg) folgenden Aufruf:

Es erweist sich als nothwendig, daß seitens der General-Kommission auf alle die Mängel, welche heute noch einzelnen Gewerkschafts-Organisationen anhängen, aufmerksam gemacht wird.

Es kann dieses deshalb mit vollem Rechte geschehen, weil sich durch die in Aufnahme begriffene Statistik schon jetzt übersehen läßt, welche großen Differenzen in der Beitragsleistung bei den einzelnen Organisationen bestehen, andererseits es aber auch als eine der wesentlichsten Aufgaben der Kommission zu betrachten ist, Alles zu thun, was zur Stärkung der Organisationen beitragen kann.

Während des Sozialistengesetzes erklärten sämtliche Vertreter der Gewerkschaften, daß diese im Wesentlichen als Vorstufe der politischen Bewegung und als Stützpunkt für dieselbe zu gelten haben. Auch heute steht außer allem Zweifel, daß gerade die Gewerkschaften mit ihren Kämpfen es sind, welche den indifferenten Arbeiter zum Klassenbewußtsein und somit zur politischen Erkenntnis und Thätigkeit bringen. Nach Ablauf des Sozialistengesetzes aber dürfte es angebracht erscheinen, darauf aufmerksam zu machen, daß zwischen der Aufgabe der politischen Bewegung und derjenigen der Gewerkschaften bei der heute bestehenden Vereinsgesetzgebung ein wesentlicher Unterschied besteht. Sicher ist, daß wir, wenn ein volles Vereinsrecht in Deutschland vorhanden wäre, entschieden dafür sorgen würden, daß in den gewerkschaftlichen Organisationen gleichzeitig die politischen Fragen zur Erörterung kommen. Der Unterschied zwischen der politischen Thätigkeit, wie die Arbeiterpartei sie entwickelt, und der Aufgabe der Gewerkschaften liegt darin, daß die erstere eine Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsorganisation anstrebt, während die letztere in ihren Bestrebungen, weil die Gesetze uns hierin Grenzen ziehen, auf dem Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaft steht.

Während also die erstere darauf hinausgeht, abgesehen von den Vorteilen, welche den Arbeitern durch die Arbeiterkassen-Gesetzgebung, welche die Partei anstrebt, geboten werden, in späterer Zeit durch die Umgestaltung der Produktionsweise allen Mitgliedern der Gesellschaft ein sorgenfreies Dasein zu verschaffen, suchen die letzteren (Gewerkschaften) auf dem Boden der heutigen Klassenstaates die Lage der Arbeiter zu verbessern. Nun liegt einem jeden mit den Verhältnissen Vertrauten klar vor Augen, daß die bestehende Klasse, und im besonderen Falle das Kapitalistische Unternehmertum, noch eine nicht zu unterschätzende Macht bildet und liegt andererseits mit dieser Erkenntnis die Verpflichtung vor, daß wir, wenn wir überhaupt Vorteile haben wollen, die Macht unserer Organisationen so stärken, daß sie dem Unternehmertum gewachsen sind. Dies dürfte, wenn wir bedenken, daß die große Zahl der organisierten Arbeiter ohne Rücksicht auf das Gewerbe stets solidarisch zusammensteht, während in allen Kämpfen es sich nur um die Unternehmung eines bestimmten Gewerbes handelt, sicher nicht schwer sein.

Die wirtschaftlichen Kämpfe (Streiks, Aussperrungen) spielen sich nicht in der Weise ab, wie der Kampf auf dem Schlachtfelde, wo die Intelligenz der einzelnen Person, die persönliche Tapferkeit zum Siege führen kann, sondern sie gestalten sich immer mehr zu einer Machtfrage. Die Macht des Unternehmertums wächst mit der Vergrößerung des Kapitals und tritt besonders während der wirtschaftlichen Krisen zu Tage. Die Macht des Arbeiters liegt in der Organisation. Diese muß er so gestalten, daß sie eine möglichst große Zahl der Berufsgenossen umfaßt und dann muß versucht werden, die einzelnen Berufsorganisationen zu einem festen Ganzen zu verbinden. Schon die gewaltige Zahl der zu einer Organisation verschmolzenen Arbeiter wird dem Unternehmertum Respekt einflößen; dann aber bedeutet die Zahl der Mitglieder auch die finanzielle Leistungsfähigkeit, weil jeder Einzelne seinen Beitrag in eine Kasse zahlt. Demnach liegt unsere Macht in der Größe unserer Organisation.

Wir dürfen uns aber durchaus nicht verhehlen, daß wir von einer solchen die Macht bestehenden Organisation noch weit entfernt sind, entfernt aber sind wir noch von der wahren Bethätigung des Solidaritätsgefühls und der Opferfreudigkeit, wie sie unseren noch so mächtigen Gegnern gegenüber absolut erforderlich ist. Wir finden Vereine, welche einen Monatsbeitrag von 20 Pfennig haben, andere zahlen 10 Pfennig pro Woche, liefern dafür aber die Fachzeitung gratis und nur wenige sind es, die über einen Wochenbeitrag von 15 Pfennig hinausgehen. Wohl ist zu erwägen, daß ein Beitrag von 10 Pfennig pro Woche, von jedem den heute bestehenden Organisationen angehörenden Arbeiter geleistet, zusammengefaßt eine gewaltige Summe repräsentiert, doch wird dieser Beitrag fast völlig für die Zeitung, die Verwaltung und Agitation verbraucht. Bleibt ein größerer Streik aus, dann muß man sich mit der Erhebung von Extrabeiträgen befassen oder Sammellisten ausgeben. In beiden Fällen aber werden, und leider nur von Wenigen, nur Pfennige geleistet. Die Sammlungen gehen langsam von statten und ist

der Kampf oft zu Ungunsten entschieden, ehe nennenswerte Summen eingehen.

Wir dürfen uns ferner nicht verhehlen, daß, wenn wir nicht anfangen, hier bessere Hand anzulegen, das Unternehmertum, wie es in letzter Zeit häufig der Fall war, auch weiterhin in allen Kämpfen die Oberhand behalten wird. Es genügt nicht, pompöse Aufrufe zu erlassen und an die Solidarität der Genossen zu appellieren, sondern wir müssen uns daran gewöhnen, regelmäßig mehr zu leisten. Deswegen möchten wir allen Gewerkschaften empfehlen, endlich damit zu brechen, nur wenige Pfennige als Beiträge zu erheben, und besonders die Zentralorganisationen ersuchen, auf den Generalversammlungen dahin zu wirken, daß mindestens ein Wochenbeitrag von 20 Pf. allgemein eingeführt wird.

Dasselbe Verhältnis muß auch bei der Unterstützung der Streiks eingeführt werden; auch hier muß dafür gesorgt werden, daß einestheils die Sammlung auf Listen aufhört, andererseits auch hier nicht, wie bisher, nur geringfügige Extrabeiträge erhoben werden. Betrachten wir die Sache von dem Standpunkte des wahren Solidaritätsgefühls, dann müßte jeder in Arbeit stehende, nicht nur Mitglieder des im Ausstand befindlichen Gewerbes, sondern jeder Arbeiter überhaupt, so viel von seinem Wochenverdienst abgeben, als der Ausstehende weniger an Unterstützung erhält. So weit wollen wir gar nicht einmal gehen, sondern nur darauf aufmerksam machen, daß ein jeder Arbeiter, gleichviel welchem Berufe er angehört, ein Interesse an jedem Ausstand, an welchem Orte er auch stattfindet, hat. Jeder verloren gegangene Kampf verschlechtert die Arbeitsverhältnisse und stärkt die Macht des Unternehmertums nicht nur in dem in Frage kommenden Gewerbe, sondern im Großen und Ganzen. Deswegen muß danach hingestrebt werden, daß die Beitragsleistungen in den einzelnen Gewerkschaften höhere werden, sowie die Leistungen und Extrabeiträge bei Streiks nicht so minimal wie bisher bleiben.

Nicht mit einem Male werden wir die Leistungsfähigkeit der Mitglieder mehr in Anspruch nehmen dürfen, aber es muß ständig darauf aufmerksam gemacht werden, daß größere Opfer gebracht werden müssen, wenn wir auf gewerkschaftlichem Gebiete Vorteile erringen wollen.

Die Generalkommission.  
C. Legien, Vorsitzender.

**Situationsbericht der Generalkommission.** Eine wesentliche Änderung in der Lage der im Ausstand befindlichen Arbeiter ist nicht eingetreten. In Ostpreußen hat sich theils durch Abreise, theils durch Eingehen auf die Forderungen der Fabrikanten die Zahl der Ausständigen etwas verringert, dagegen ist ein Ausstand der Klavierarbeiter in der Fabrik von Malz u. Comp. wegen Lohnreduzierung von 7-25 pCt. eingetreten. Es sind bei diesem Ausstande 30 Arbeiter mit 24 Kindern in Mitleidenschaft gezogen.

Vorkäufe kann noch anfallen. Plänen die Sachlage zu Gunsten der Arbeiter sich gestalten, wenn seitens der deutschen Arbeiter genügend Unterstützung gewährt wird. Wir ersuchen deshalb nochmals, in den Sammlungen von Unterstützungsgeldern fortzufahren und sobald als möglich zusammenkommende Beiträge einzenden zu wollen.

## Versammlungen:

**Achtung, Arbeiterinnen!** Große Generalversammlung des Allgemeinen Arbeitervereins Berlin und Umgebung am Mittwoch, den 11. Februar, Abends 8 Uhr, im Schiller's Salon, Julestr. 10. Tagesordnung: 1. Vierteljahrsbericht der Kassen. 2. Vereinstätigkeiten. 3. Verschiedenes. — Nicht eines jeden Mitgliedes ist es, pünktlich zu erscheinen. Neue Mitglieder werden vor der Versammlung aufgenommen. Die neuen Statutenbücher werden ausgeben.

**Generalversammlung der Arbeitervereine.** Die Vereinsleitung findet Mittwoch, den 11. Februar, Abends 8 Uhr, im Restaurant von Seefeld, Treßdenstr. Nr. 17, Hofstr., statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Dr. med. Herrn Jütte, 2. Geschäftsbericht, 3. Wahl der Rechtschutz-Kommission und des Organisationskomitees, 4. Verschiedenes. Die Kollegen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

**Albumarbeiter und Arbeiterinnen.** Große öffentl. Versammlung am Mittwoch, den 11. Februar, Abends 8 Uhr, in den Zentral-Hallen, Dantestraße 150 (oberer Saal). Tagesordnung: 1. Berichterstattung der Kommission und Konstituierung des Vereins. 2. Statutenberatung. 3. Wahl des provisorischen Vorstandes bis 1. Juli 1891. 4. Eröffnung der Versammlung präzis 9 Uhr.

**Die Vereinten Vereine Berlin** werden zu einer öffentlichen Versammlung am Sonntag, den 18. Februar cr., Vormittags 10 Uhr, im oberen Saale der Krantz-Hallen, Kommandantenstr. 39, um aber eventuelle Erhebung eines Bundes zu beschließen, eingeladen. Der Einsender: G. Krotz, Dorotheenstr. 14.

**Die Freie Vereinigung der Kaufleute** veranstaltet am Freitag, den 20. Februar, eine große Feier in Feuerstein's Salon, Neue Jakobstraße 75, zur Erinnerung an den Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie. Die Feier besteht aus einem Konzert unter Mitwirkung des Kaiserlichen Männerchors mit nachfolgendem Tanz. Einlog. „Zum 20. Februar“, verläßt von Montag

Wittig, Festsche, Antragsen, Vorträge etc. Sittels a 60 Pf. sind zu haben bei den Herren Wilhelm Güntel, Mariannenstr. 30, Emil Kurrbach, Adalbertstr. 76, sowie jeden Montag Abend bei Bräuer, Seefeldstr. 30 im Vereinszimmer.

**Kaffee- und Biskuitverkauf.** Dienstag, 9. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Otto Sinte, Friererstraße 45. Gäste willkommen. — „Humanität“, Abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Strauer, Weinstraße 25. Gäste willkommen. — „Proletariat“, (Santow), bei Borhardt, Schulstr. 28. — „Johannes Weder“, Abends 8 Uhr im Lokale von Schüpke, Urbanstraße 61. Männer und Frauen als Gäste willkommen. — „Fasencleber“, Abends 8 Uhr, im Restaurant Schells, Kantanten Allee 25. Gäste willkommen.

**Ernst, Turn- und gesellige Vereine.** Gefangenverein „Anacreon“, Dienstag, Abends von 9-11 Uhr, bei Weiser, Rannstr. 16. — Männer-Gefangenverein „Unerschrocken“, (Wobbit), Abends 8 Uhr, bei Hermschmidt, Grottebergstraße 28. — Gefangenverein „Brüderbund“, Straußbergerstraße 3, bei Wirtz, Abends 8 Uhr. — Gefangenverein Ludwigscher Männerchor, 9 Uhr, im Restaurant Poppe, Lindenstraße 106. — Theater- und Vergnügungsverein „Vulcania“ in Weisner's Restaurant, Gartenstr. 122. Gäste, Damen und Herren, willkommen. — Theaterklub „Helmerding“, Abends 9 Uhr, im Hans's Restaurant, Tempelhofer Ufer 13, Ecke der Großerenstraße. — Vergnügungs- und Theaterverein „Romeo“, Abends 9 Uhr bei Säger, Grüner Weg 28. Gäste willkommen. — Vergnügungsverein „Nordlicht“, Abends 8-11 Uhr, bei G. Sperrig, Friererstraße 37. Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Vergnügungsverein „Hilf mir“, Abends 9 Uhr bei Wernitz, Friererstraße 15. Gäste willkommen. — Vergnügungsverein „Mephisto“, Abends 8 Uhr, bei Zimmermann, Brunnenstr. 119. Gäste willkommen. — Verein „Smaliger 17er“, Abends 9 Uhr, im Königshaus-Kassino, Poststraße 72. — Raufklub „Rosenthaler“, Abends 8 Uhr bei Leopold, Potsdamer- und Manns-Hofstraße. Gäste willkommen. — Vergnügungsverein „Reichs-Front“, Abends 9 Uhr, im Victoria-Ballsaal, Friererstraße 13. — Vergnügungsverein „Blitz“, Abends 8 Uhr im Restaurant Pfanz, Schulstr. 27. Gäste willkommen. — Vergnügungsverein „Schönhauser Ufer“, Abends 9 Uhr, Schönhauser Allee 45.

**Arbeiter-Vereine.** Berlin und Umgebung, Dienstag, Abends 8 Uhr, Abends 8 Uhr, im Königshaus-Kassino, Poststraße 72. — Gefangenverein „Sirene“, (Wobbit), Friererstraße 21 bei Sinte. — Gefangenverein „Norddeutsche Schiffe“, Restaurant Koller Franz Granbierplatz 7. — Arbeiter-Gefangenverein „Vorwärts“ (Süd-Str.) bei Jäger, Guoystr. 18. — Gefangenverein „Allegro“, Schillerstraße 142 bei Weiser. — Gefangenverein „Clamilla“, Prinzenstr. 106 bei Weiser. — Gefangenverein „Kreuzberg“, Tempelhofer-Ufer 13 bei Franz. — Gefangenverein „Libellula“, Adersstraße 12 bei Sommer. — Wobbit Siedlerklub, Wilhelmshagenstr. 22 bei Weiser. — Gefangenverein „Waldschlösschen“, Hofstr. 22a bei Wille. — Männerchor „Süd-Str.“, Köpenickerstraße 121 bei Jäger. — Männer-Gefangenverein „Harmonia“, Abends 9 Uhr bei Henn, Strindmstr. 76. — Gefangenverein „Brüderbund“ bei Wirtz, Straußbergerstr. 3. — Männer-Gefangenverein „Schildehorn“, Uferstr. 23 bei Wirtz, Abends 9 Uhr. — Gefangenverein „Waldkapelle“ in Friererstraße, Restaurant Pfanz, Friererstraße, Abends 9 Uhr. — Gefangenverein „Unerschrocken“, Köpenickerstr. 172a bei Küster. — Jhrlicher Gefangenverein „Gumort“, bei Wirtz, Straußbergerstr. 3.

## Depeschen.

**Braunschweig, 9. Febr.** (Telegr. des „Herold“.) Zu Lutter wurde fieber der Kriegerverein aufgelöst wegen Eindringens sozialistischer Tendenzen. Die Mitgliedschaft vertheilt die Vereinskasse unter sich.

**Wolfsbüttel, 9. Februar.** (Telegramm des „Herold“.) Große Abstimmung beruht unter der Arbeiterkassen, weil die zunehmende Beschäftigung der Gefangenen der hiesigen Landesanstalt mit industriellen Betrieben viele Familienwüter arbeitslos macht. Eine allgemeine Versammlung soll einberufen werden, um die Landesregierung und event. den Reichstag anzugehen.

## Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Brieflich Antwort wird nicht ertheilt.

**An Korrespondenten und Einsender von Notizen etc.** Wir bitten, falls es sich nicht um Zahlung eines bestimmten kleineren Schuldbetrages handelt, das Zeigen von Briefmarken zu unterlassen. Dieselben können leicht verloren gehen und bereiten uns nur Verlegenheiten. Die Redaktion des „Vorwärts“ ist reich genug, ihre Postkosten selber zu tragen, und sehr über zwanzig Pfennige in Briefmarken den Absender zurückzuschicken, kostet, vom Zeitverlust abgesehen, an Porto ganz oder gänzlich so viel, als der Betrag werth ist. Herr O., der heute zwei Zehnpfennig-Marken beilegte, kann dieselben in der Redaktion wieder abholen.

**M. Sch., Nixdorf.** Sie müssen bei so wichtigen Mittheilungen stets für die Redaktion die vollen Namen der theilhaftigen Personen angeben. Wenn es nicht nöthig ist, werden diese Namen gegen ihren Wunsch nicht veröffentlicht.

**Von der öffentlichen Männer- und Frauenversammlung** bei Knebel durch Weimann 7,15 Mark; erhalten am 8. Februar, Marten, Vertrauensmann.

## Briefkasten der Expedition.

Die Vorkände der Gewerkschaften, politischen Vereine, Beseßten etc. werden hiermit dringend gebeten, uns baldigt die genauen Adressen ihrer Korrekturen einzufenden. Die Expedition des „Vorwärts“, Beuthstr. 3.

## Achtung Metallarbeiter!

Am Montag, den 16. Februar, Abends 8 Uhr, findet in der Brauerei Friedrichshain eine große öffentliche Versammlung der Metallarbeiter aller Branchen statt. Die Vorstände der verschiedenen Vereine werden gebeten dieses zu berücksichtigen. 224/11

## Albumarbeiter und -Arbeiterinnen Berlins!

**Große öffentliche Versammlung** am Mittwoch, den 11. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in den Zentral-Festsälen, Oranienstraße 180 (oberer Saal). Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung der Kommission und Konstituierung des Vereins. Referent: Herr Mielenz. 2. Statutenberatung. 3. Wahl des provisorischen Vorstandes bis 1. Juli 1891. 410 b  
Eröffnung der Versammlung präzis 9 Uhr.

## Achtung! Öffentliche Versammlung Achtung!

**der Kartonarbeiter und -Arbeiterinnen** am Mittwoch, den 11. Februar, Abends 7 1/2 Uhr, in Brauer's Salon, Große Frankfurterstraße Nr. 74. Tages-Ordnung: 1. Vorlegung der Statuten. 2. Diskussion. 3. Vorstandswahl. 4. Verschiedenes. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht 430 b Die Kommission.

## Plätterinnen, Wäscherinnen, Stärkerinnen und Bohlenleute!!

Der unentgeltliche Arbeits-Nachweis des Vereins der Plätterinnen und verwandten Berufsgenossen befindet sich **Holzmärktstr. 3, Hof 3** Treppen, bei Frau Krug und ist geöffnet: Wochentags Abends von 7-9 Uhr und Sonntags Vormittags von 10-12 Uhr. 245  
Es werden schon verlangt: Plätterinnen, Stärkerinnen und Bohlenleute; bitte sich also schleunigst zu melden. Der Vorstand.

Empfehle den Genossen das **Gedenkblatt zur Arbeiterbewegung 1890** in sauberer Ausführung, 55 x 66 Zentimtr. Größe. Nach Anweisung gegen Einsendung von 1 Mark in Briefmarken. 95 L  
**Karl Scholz, Wrangelstraße 32.**

## General-Versammlung

der **Kranken- u. Begräbnis-Kasse der Seifensieder u. Berufsgen.** (S. 4. 17) in Berlin am 15. Februar, Vorm. 10 Uhr, im Restaur. Wollschläger, Blumenstr. 78. Tagesordnung: 1. Rassenbericht. 2. Wahl des Gesamt-Vorstandes. 3. Verschiedenes. 4. Eintragungsbuch legitimiert. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet 425 b Der Vorstand.

## Tischler-Verein.

Am Sonntagabend, den 13. Februar cr., in Saussouci, Kollbuserstr. 4a: **Grosser Wiener Maskenball.** Um 12 Uhr: **Einzug d. Prinzess Carneval.** Sittels sind zu haben bei den Herren A. Winter, Elisabeth-Str. 55; Birke, Joffenstr. 40; Krauscher, Kaufstr. 44. (421b) Der Vorstand.

## Empfehle mein Geschäft in friso. 208

Blumen und Kränzen. 24 L  
**Robert Meyer,** Nr. 2. Mariannenstraße Nr. 2. NB. Um häufigen Verkehr zu vermeiden, erkläre ich meinen Freunden und Genossen, daß ich mit J. Meyer, Wienerstr. 1, in keiner geschäftlichen oder verwandtschaftlichen Beziehung stehe.

## Versicherungen.

423b Zur Uebernahme von Robillar, Glas- und Lebens-Versicherungen empfiehlt sich die General-Agentur der „Union“, Hedemannstr. 4. Gewandte Leute werden als Vertreter bei hohem Einkommen zu engagiren gesucht.

**Kautsch.-Stempel, Monogr. u. Sign.** Schablonen, Inskriften. 83  
**G. Gattmann, Brunnenstr. 9.**

## Ethische Gesellschaft.

**Mittwoch, 11. Februar, Abds. 8 Uhr, bei Seefeld, Grenadierstr. 33: Außerordentliche General-Versammlung.** 140 Tages-Ordnung: Abrechnung vom Kränzchen. Anschaffung einer Bibliothek. Anschluß an den freiwilligen Bund und Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

## Neu! Stuttmeister's Frucht-Syrup. Neu!

ist das billigste, gesündeste Volks-Nahrungsmittel. Bester Ersatz für Sutter und Zucker. Besonders zur Linderung von Husten und Heiserkeit empfohlen. In allen Kolonialwaaren-, Mehl- und Vorkosthandlungen Berlin und Porzellan, sowie im Verkaufslokal: Grüner Weg 43. Man fordere ausdrücklich: „Stuttmeister's Frucht-Syrup“.  
Händler erhalten löhnende Preisermässigung.

## Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. **Pollak,** ebt Hanpachstr. 7, 1. Auch Sonntags.

## Platina-Absätze jetzt Gr. 1,20.

383 J **Linke,** Neue Hochstraße, Nr. 26, Berlin.  
**Jede Nähmaschine** zu repariren kostet 2,50 W., keine Reparaturen billiger. 56 P. **W. Maaske,** Genosse, Christinen-Str. Nr. 34.  
**Speise-Leinöl** frisch und garantiert rein, empfiehlt die Fabrik-Niederlage von **M. Krüger, Skalitzerstr. 105.**  
Es empfiehlt sich jede Art **Wäsche** sauber und billig zu waschen **H. Auersch, Börsenstr., Grünauerstr. 42.**  
**Wohnungen** v. 2-3 Stuben m. u. u. **Celer, freier Ausst.,** 1. April in Orlamünde. 55, Gehaus. 195

## Kinderwagen.

Das gr. Lager Berlins **Wohnungen** v. 50 bis 70 Thaler **Forscherstraße 51/52.** 86 M  
Eine freundl. Schlafstube f. anständ. Mädchen sof. zu verm. **Admiralstr. 35,** Hofstr. 1. bei Krantzsch. 428b

## Arbeitsmarkt.

Sattlergeßellen auf Koffer werd. sof. verlangt **F. Ostwald, Fürstenwalderstr. 4, 1.** 496b  
Ein junges Mädchen, welches die Schneiderei erlernt hat, sucht zur weiteren Ausbildung bei einer Genossin in Arbeit zu treten. Näheres beim Genossen **Spannemann, Heinersdorferstr. 9, Hof 3 Tr.** 428b  
Schneider auf Regenmäntel außer dem Hause sucht Beschäft. **Orlamünde, Alexandrinestr. 57a.** 245 M



gebnisse der Beratungen seien abzuwarten. Eine derartige Beratung könne auf keinen Fall schaden, auch wenn dieselbe keine annehmbaren Resultate ergebe. Die erwachsenden Kosten seien sehr geringfügig. Wenn in Berlin eine große feste Organisation geschaffen würde und wenn die Bauhandwerker eine etwas bessere Lage, dann sei es wohl möglich, ein Steigen der Löhne zu bewirken. (Lebhafter Beifall.) In der folgenden Diskussion, an der sich eine größere Zahl Kameraden beteiligte, fand ein reger Meinungswechsel über das Gehölte statt. Der Vorsitzende Lehmann beantragte eine Resolution, dahingehend, die Konferenz zu beschließen und Delegierte zu derselben zu wählen. Unter großer Unruhe der Versammlung protestierte Kamerad Ortlund gegen die Wahl von Delegierten in dieser Versammlung, gegen deren ordnungsmäßige Einberufung er Einspruch erhob, und wünschte, daß die Wahl von Delegierten bis zu der Versammlung vertagt werde, welche die Agitationskommission für Mittwoch zu diesem Zwecke einberufen habe. Die vorherige Unruhe artete bei der Replik des Kameraden Lehmann, veranlaßt durch den Zwischenruf „Vagner“ in einen derartigen bedauerlichen Tumult aus, daß der überwachende Polizeibeamte Veranlassung nahm, die Versammlung aufzulösen.

Die öffentliche Generalversammlung der Maurer Berlins und Umgegend war gleichfalls zahlreich besucht und tagte unter Leitung eines aus den Kollegen Bernau, Weise und Kloman bestehenden Bureau. Die Versammlung war in erster Reihe berufen, Stellung zur diesjährigen Lohnbewegung zu nehmen und sodann Delegierte zur Konferenz der Bauhandwerker zu wählen. Kollege Grothmann, welcher über den ersten Punkt der Tagesordnung referierte, beleuchtete in seinem Referate die Verhältnisse, wie sie sich seit dem Jahre 1889, seit dem großen Maurerstreik zwischen Unternehmern und Arbeitern herausgebildet haben, berührte in seinen Ausführungen den 1. Mai v. J., welcher zwar ein erhebliches politisches Erwachen der Arbeiterschaft bedeutete, für dieselbe aber in wirtschaftlicher Hinsicht schlimme Folgen nach sich zog, besprach ferner die Petition der Maurer an die städtischen Behörden und kritisierte das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz. Der diesjährige Winter habe das Arbeiterleben in seiner ganzen fürchterlichen Größe gezeigt. Wenn eine frumme Organisation am Orte wäre, würden die Unternehmer sich nicht getrauen, 45—50 Pf. Stundenlohn zu bieten. Daher sei es an der Zeit, daß die Berliner Maurer sich wieder aufrufen und zusammenschließen, alles Mißtrauen und allen Haß schwinden lassen und Mann für Mann der Organisation, der Freien Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend beitreten. (Beifall.) In der folgenden Diskussion gab Kollege Fiedler gleichfalls eine ergreifende Schilderung der heutigen traurigen Zustände, der grenzenlosen Noth infolge der herrschenden Arbeitslosigkeit und maß den Kollegen selber zum nicht geringen Theile die Schuld an denselben bei. Er wies auf die Zerissenheit hin, die zur größten Freude der Gegner unter den Kollegen herrsche und erinnerte an die Zeit, da Tausende sich in den Versammlungen zusammenschloßen. Diese Zeit müsse wiederkehren, die Kollegen müßten Muth fassen und zeigen, daß sie Männer sind. Kollege Fiezer ermahnt zum Anschluß an die einzige richtige Organisation, die Freie Vereinigung der Maurer. Viele zwar rühmen sich, politisch reif zu sein und handeln dennoch in gewerkschaftlicher Hinsicht gegen die allgemeinen Arbeiterinteressen. Redner wies auf die Unternehmervorstände hin, warnte vor übereilten Schritten und wünschte, daß nicht eher in eine Lohnbewegung eingetreten werde, als bis die Freie Vereinigung stark genug hierzu sei. Eine eingeleitete Resolution wurde hierauf vom Vorsitzenden Bernau zur Kenntniß der Versammlung gebracht. Kollege Weise kam seinerseits auf die Nothstandsdebatte im „rothen Hause“ zu sprechen und protestierte gegen die Behauptung des Stadtverordneten Frenzel, daß die Bauhandwerker vermöge ihrer Streiks selbst Schuld seien an ihrer traurigen Lage. Kollege Schigolke beantragte eine zweite Resolution, welche die Zurücknahme der ersten zur Folge hatte. In seinem Schlußwort betonte Kollege Grothmann besonders, daß es ein falscher Glaube sei, zu meinen, man wolle gleich wieder in einen Streik eintreten, wenn man zusammenkomme, um seine Lage zu besprechen. Dies sei aber unbedingt nötig und es müsse alles angeboten werden, daß die Versammlungen zahlreich besucht werden. Viele Kollegen litten zwar Noth an Kleidung und noch mehr an Geld, dies dürfe sie aber nicht abhalten, dennoch in den Versammlungen zu erscheinen und sei es auch in Pantinen, dann würde wenigstens der Nothstand der Maurer recht offenkundig zu Tage treten. Redner ging dann noch des Weiteren auf die Leistungen der Maurer stärker und jetzt ein und empfahl die Resolution Schigolke zur Annahme. Diese wurde nachdem einstimmig angenommen und lautet: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beschließt in Erwägung, daß

1. der Stundenlohn bereits auf 50 Pf. und darunter gesunken ist,
  2. die Steuern und Wohnungsmiethen von Jahr zu Jahr gesteigert werden und uns durch das Alters- und Invaliden-Versicherungsgesetz wieder neue Lasten aufgebürdet werden,
  3. durch die anhaltende Arbeitslosigkeit das Elend unter den Berliner Maurern immer bedrohlicher zu Tage tritt, sobald die Witterung sich günstig gestaltet, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln für die im Jahre 1889 aufgestellte Forderung (ständige Arbeitszeit und 60 Pf. Stundenlohn) energisch einzutreten und zu diesem Zwecke Mann für Mann der Freien Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend beizutreten.“
- Zur einstimmigen Annahme gelangte ferner, nachdem Bernau die einschlägigen Verhältnisse einer scharfen Kritik unterzogen hatte, folgende Resolution Weise: „Die heute tagende öffentliche Maurerversammlung spricht dem Stadtverordneten Frenzel ihr Mißtrauen aus und protestirt entschieden gegen dessen Darstellung, daß die Bauhandwerker ihre Nothlage selber verschuldet haben und empfiehlt demselben, seinen Standpunkt der menschlichen Theorie von einer anderen Seite zu betrachten.“
- Zu weiteren Verläufe der Verhandlungen wurde auch der Praktikantenbeschuß, die Meißner betreffend, mit in die Debatte gezogen. Kollege Kaufmann sprach sich für eine bedingungslose Freier des 1. Mai aus, während die Kollegen Gröppier, Fiedler und Weise eine Diskussion über diese Frage momentan nicht für am Platze hielten. Nachdem Geroge Schwaabe erklärt, daß demnächst eine Vollversammlung zu dieser Frage Stellung nehmen werde, wurde ein Antrag, dahingehend, die Vertrauensmänner zu beauftragen, in vier Wochen eine öffentliche Generalversammlung der Maurer behufs Stellungnahme zur Meißner einuberufen, zum Beschluß erhoben.

Sodann gelangte der zweite Punkt der Tagesordnung, Wahl von Delegierten zur Konferenz der Bauhandwerker, zur Verhandlung. Alle Redner, Varnock, Weise, Deckert u. A. sprachen sich für Lokalorganisation aus. Gelegentlich dieser Besprechung brachte auch der Vorsitzende ein entworfenes Statut für den neu zu gründenden Verband deutscher Maurer durch Verlesung zur Kenntniß der Versammlung, welche von jeder Diskussion über dasselbe Abstand nahm. Zu Delegierten für die Konferenz wurden sodann von vier Kandidaten die Kollegen Bernau und Grothmann fast einstimmig gewählt. Ueber einen Antrag, Akkordmänner fernerhin nicht mehr zur Agitation zu verwenden, ging die Versammlung nach kurzer Debatte zur Tagesordnung über, stimmte dagegen dem Antrage Fiedler zu, die Vertrauensmänner zu beauftragen, auf die Tagesordnungen öffentlicher Versammlungen als letzten Punkt fernerhin nicht mehr „Verschiedenes“, sondern statt dessen „Geschäftliches“ zu setzen, um die die so nötige Einigkeit der Maurer untergrabenden persönlichen Abgesehen und Heidenen aus der Welt zu schaffen. Nach Erledigung einiger weiterer unwesentlicher Angelegenheiten

schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die neu belebte Berliner Maurerbewegung.

Zu der Freien Vereinigung der Kaufleute sprach am 5. d. M. Reichstags-Abgeordneter E. Wurm über „Volksernährung und Volkseinkommen.“ Derselbe führte in seinem längeren Vortrage Folgendes aus:

Die Wissenschaft sei bemüht gewesen, auf Grund exakter Forschungen festzustellen, welche Stoffe zur Ernährung des Menschen unbedingt erforderlich seien. Ernährung heiße hierbei der Ersatz der durch den Lebensprozeß und die Thätigkeit von dem Körper verbrauchten, von ihm zerstörten und wieder aufgeschiedenen Stoffe. Das Bedürfnis hierzu äußere sich in dem Hunger, der dadurch entsteht, daß bei leerem Magen die scharfen Magensäfte — in Ermangelung von etwas Besserem — auf die Magenwände wirken. Allerdings sei der Hunger ein unvollkommener Regulator, da er sich auch durch Stoffe, die keinen Nährwerth besitzen, beschwichtigen läßt. In der Heimat des Blumengeschäftes verdrängt man durch Gewürzbrühe das scharfe Pfeffer, andere Leute stoßen sich den Magen voll Kartoffeln, die den Magenstoff wohl auffangen aber nur von minimalem Nährwerth seien, wieder andere betäuben den Hunger durch Schnaps. Die ungeheuer verderblichen Wirkungen des Schnapsgeusses seien außer Frage; eine rationelle Belämpfung der Trunksucht aber nur erfolgversprechend, wenn man ihre Ursache beseitigt, und daß ist die mangelhafte Ernährung. Der arbeitende Mensch braucht täglich 115—150 Gramm Eiweiß, 180 Gramm Fett und 500 Gr. Stärke. Am nöthigsten ist das sogenannte Eiweiß, ohne das kein Organismus auf der Welt existiren kann. Die denkbar rationelle Ernährung bei Engros-Einkauf aus erster Hand kostet nach einer von einem Fabrikantenverein preisgezeichneten Schrift pro Kopf und Tag 62 Pf. und für die Durchschnittsfamilie mindestens 800 M. jährlich. Nun wisse aber die Einkommenssteuer-Liste aus, daß in Sachsen 73 pCt. der Bevölkerung unter 800 M., in Preußen im Jahre 1875 — und es würde seitdem sicher nicht besser — 78 pCt. unter 900 M. Einkommen überhaupt bezog. Dann geht noch ab  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{1}{3}$  für Miete u. dgl., sodas weit über  $\frac{1}{2}$  der Bevölkerung selbst bei vortheilhaftester Ausnutzung der Verhältnisse gar nicht in der Lage sei, sich genügend zu ernähren. Dasselbe sei in allen Ländern mit kapitalistischer Produktion, auch den reichsten, der Fall. Nichts Kritischer schärfer die Verelendung unserer heutigen Gesellschafts-„Ordnung“. Die Folge sei, daß die Durchschnitts-Lebensdauer des Proletariats unheimlich rasch sinke, wie die Statistiken bezeugen. Der arbeitende Theil des Volkes sei eben zu langsamem Hungertode verurtheilt. Obgleich dies von der Wissenschaft unüberdiesbar festgestellt, obgleich nur der Uebergang zur genossenschaftlichen Produktion mit dem Ziel „Brot für Alle“ ebenfalls von der Wissenschaft als allein mögliche Rettung anerkannt, verharren die Herrschenden in ihrer Verblendung und suchen obendrein mit unheilvoller Kurzsichtigkeit jede vernunftgemäße Regelung des hungernden Volkes zur Lösung der „Magenfrage“ zu unterdrücken. Nun, das Proletariat habe nur Besserung zu hoffen, wenn es seine Geschick selbst in die Hand nehme.

Der Vortrag fand lebhaften Beifall. In der Diskussion wurde das Thema von den Herren Grünberg, Hahn, Schulze, Kuerbach, Meier und Vichtenstein-Gottsch in der eingehendsten Weise behandelt, so namentlich auf die verderblichen Wirkungen der Schugölle u. dgl., die die Ernährung noch künstlich vertheuern, hingewiesen.

Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die heutige Versammlung der Freien Vereinigung der Kaufleute spricht ihre Entrüstung darüber aus, das der arbeitenden Bevölkerung Berlins sinniges Fleisch durch die Vermittelung des Zentral-Viehhoofs angeboten wird. Sie erkennt an dieser Thatfache schon, daß die Bemerkung des Oberbürgermeisters von Jordan, daß es herrsche in Berlin kein außerordentliches Nothstand, durchaus unrichtig ist, da sonst die arme Bevölkerung nicht zu diesem eldlichsten Nahrungsmittel greifen würde.“

Kollege Kuerbach machte auf die neugegründete „Kaufmännische Rundschau“ aufmerksam, die den Klagen und Wünschen der Handlungsgehilfen eine Stelle in der Oeffentlichkeit zu schaffen bestimmt sei und bat dafür eifrig zu agitiren.

Nach Erledigung mehrerer Vereinsangelegenheiten, und nach dem besonders auf die zur Erinnerung an den Wahltag am 20. Februar zu veranstaltende Feier aufmerksam gemacht wurde, schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

In einer öffentlichen Handdiener-Versammlung, welche am 6. Februar unter dem Vorh. des Herrn Wiemer stattfand, hielt der Reichstags-Abgeordnete Bruhn einen Vortrag über „Welches sind die Mittel zur Vöfsergestaltung der Lage der Arbeiter?“ Der Referent führte aus: „Wenn wir uns klar werden wollen, wie die schlechte Lage der Arbeiter im Allgemeinen anzudeckern ist, so müssen wir uns die herrschende Nothlage im Zusammenhange mit ihren Ursachen betrachten. Wir können von einer Nothlage im Allgemeinen, von einer fortwährenden Nothlage der Arbeiter sprechen, welche ja allerdings, hervorgerufen durch die Geschäftshockung u. im letzten Winter den Charakter einer außerordentlichen angenommen hat. Von den Behörden und anderen maßgebenden Faktoren wird dies natürlich gelehnet. Man versucht von jener Seite, die Lage der Arbeiter mit allerlei Palliativmitteln etwas zu heben; aber im Großen und Ganzen ist man nicht geneigt, oder — fähig dazu, dies zu thun, sofern man sich nicht gegen sein Klasseninteresse verbeugen will. Gewissermaßen haben die Herren ja recht, wenn sie die Ertrags eines ganz außerordentlichen Nothstandes nicht anerkennen, derselbe ist jetzt etwas Uebergebrachte, nicht nur für Deutschland, sondern für alle Länder, in denen kapitalistische Produktion herrscht. Ein ausgeprägtes Bild von der Nothlage der Arbeiter bieten uns die Resultate der durch die verschiedenen Arbeiter-Versicherungsgehalte nothwendig gewordenen Nachforschungen der Ortsbehörden nach dem durchschnittlichen ortsässlichen Tageslohn. Dieser betrug danach für Hamburg und Umgebung höchstens 3 M., für Kiel 2,70 M., für Lunda in Bayern 2,65 M., für Berlin 2,40 M., für Charlottenburg 2 M., Königsberg 1,70 M., Breslau 1,80 M. und in Weimern 1,90 M. In verschiedenen Distrikten Ost- und Westpreußens, sowie Pommerns betrug der ortsässliche Tageslohn 1 M., und in einigen Schlesiens sogar bloß 60 Pfennig und darunter. Es ist klar, daß man selbst mit dem höchsten Tageslohn da, wo derselbe gezahlt wird, in den großen Städten, eine Familie nicht erhalten kann. Es ist nachgewiesen, daß sich der Proletenstand vermindert hat, man also nicht mehr im Stande ist, das zur Ernährung so nothwendige Brot zu kaufen und als schlechten Ersatz dafür die Kartoffeln nimmt. Die weiteren Folgen dieser Verhältnisse treten uns in Gestalt großer Mengen Kranker entgegen. Man lese die von den Ortstassen darüber aufgestellten Statistiken. Man faßt so viel vom trauten Familienglück, das sich innerhalb der kleinsten Hütte finden soll; in Wirklichkeit sind die ganzen Verhältnisse danach angethan, das Familienleben, wo es ein solches noch giebt, zu untergraben. Wenn wir uns diese Thatfachen vergegenwärtigen, sind wir gezwungen, Mittel zu suchen, um unserem vollständigen Ruin vorzubeugen, ihn zu verhindern. Dazu ist nothwendig, daß die große Masse erst zur Erkenntniß ihrer Lage kommt; thörichtlich hat sie sie noch nicht erkannt, ist den fortwährenden Uebelständen gegenüber gleichgültig geworden. Unsere Pflicht ist es, sie mitzureden mit ihrer Lage zu machen, mag man von gegnerischer Seite auch noch so viel zern. Die Ungewissenheit ist der erste Schritt zur Verelendung. Will man dann weitere Mittel zur Besserung der Lage der Arbeiter finden, muß man die Ursachen derselben erkannt haben. Die Hauptursache liegt in der Entsehung der Arbeitsmittel vom Arbeiter. Der bis auf seine Arbeitskraft beschlossene Arbeiter ist gezwungen, in die Dienste

desjen zu treten, welcher die Produktionsmittel besitzt. Was geschieht nun von den Besitzenden, welche ja gewissermaßen die Klinte der Gesetzgebung in der Hand haben, um die Lage der Arbeiter zu verbessern? In dem neuen von der Regierung im Reichstage eingebrachten Schuggesetz-Entwurf ist von einer Verkürzung der Arbeitszeit, des hauptsächlichsten Mittels, die Lage der Arbeiter in etwas zu heben, abgesehen von einigen in Aussicht genommenen Beschränkungen der Arbeitszeit der Frauen und Kinder, nicht im geringsten die Rede. Als Ersatz dafür sind aber in dem Entwurf eine Menge Forderungen für die Arbeiter enthalten. So sind wir denn auf uns selbst angewiesen. Der Einzelne kann allerdings nichts erringen; wir müssen uns vereinigen. Alle persönlichen Bedenken müssen bei Seite gelassen werden, wo es sich um unsere große Sache handelt. Gerade die Handdiener, welche am allerwenigsten gegen die Konkurrenz der Arbeitslosen aller Branchen geschützt sind, die am meisten mit ausgebeutet werden, sie müßten sich vor allen Dingen vereinigen. Die große Masse der Handdiener scheint dies noch nicht begriffen zu haben. Von 30 000 Berliner Handdienern sind ca. 2000 organisiert, und diese noch dazu in 4 bis 5 Vereinen zerstückelt. Letzteres ist ganz entschieden falsch, wollen Sie etwas erringen, so müssen Sie sich in einem großen Vereine zusammenschließen. (Bravo.) Nur so kann man dem Unternehmertum mit Erfolg entgegen treten. — Die gewerkschaftlichen Organisationen sind nicht nur dazu da, um einzelne Mängel innerhalb der betreffenden Gewerbe zu beseitigen, sie sind zugleich ein Vorbildungsmittel zur politischen Bildung der Arbeiter. Sie sind es, ohne daß in ihnen Politik getrieben zu werden braucht. Aber die Gewerkschaften haben noch einen höheren Beruf; sie sind meiner Meinung nach einst dazu berufen, die Grundpfeiler für die sich anbahnende sozialistische Produktionsweise zu bilden; in ihnen werden die Leute, welche für diese Regelung der Produktion erforderlich sind, herangebildet werden. Für unsere Zeit haben wir vor allen Dingen dahin zu streben, daß alle Arbeiter überhaupt organisiert werden. (Lebhafter Beifall.) — Eine Diskussion fand nicht statt. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die versammelten Handdiener Berlins erklären ihre Uebereinstimmung mit dem Referenten. Die Versammlung fordert von den herrschenden Klassen und insbesondere von den gesetzgebenden Körperschaften einen durchgreifenden Arbeiterschutz, damit der Rückschritt in der physischen und geistigen Entwicklung des Volkes aufgehalten und beseitigt wird. Ganz im Besonderen erklärt die Versammlung die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit und die absolute Sonntagsruhe für dringend nothwendig.“ Unter „Verschiedenes“ wurde, nachdem mehrere Redner dazu gesprochen, ein Antrag angenommen, das Agitationskomitee zu beauftragen, zur Meißner am Sonntag nach dem 1. Mai ein Fest der Handdiener zu veranstalten. Nach langwieriger Debatte wurden verschiedene interne Angelegenheiten dahin erledigt, daß sie einer dreigliedrigen Kommission zur Prüfung überwiesen wurden.

Der Verein der Klavierarbeiter hielt am 2. Februar eine sehr gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Vorsitzende das Ableben des Mitgliedes Joh. Schröder bekannt. Die Versammlung ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Der Vorsitzende, Kollege J. Meyer, theilt mit, daß in der Piano-fabrik von Mah u. Comp. ein Aufzug von 10—30 pCt. stattgefunden hat. Die Arbeiter, welche nicht damit zufrieden sein konnten, wandten sich an den Vorstand des Vereins um Rath und Hilfe. Derselbe trat in Verhandlung mit den Fabrikanten um eine friedliche Einigung zwischen den Arbeitern und den Fabrikanten herbei zu führen; dieser Versuch scheiterte aber an der abweisenden Haltung der Fabrikanten. In der öffentlichen Versammlung am 28. Januar wurde nun mit großer Majorität der Streit beschlossen. Der Vorstand des Vereins wurde zur Leitung des Streiks gewählt und zwar wurden die Kollegen J. Meyer als Vorsitzender, E. Klotz als Kassirer, P. Wimmer als Schriftführer dazu bestimmt. Der Vorsitzende ersucht um Sanctionirung dieser Kommission seitens der Versammlung. Dies geschieht. Es erhält nun der Arbeiter von Mah, Kollege Nowka, das Wort. Derselbe spricht gegen den Streik. Er erklärt, daß er weiter arbeiten wird, trotzdem seine sämtlichen Kollegen bis auf drei Mann in den Streik eingetreten sind. Ebenso erklärt sich der Anseimer E. Senf. Letzterer führt an, daß er schon zweimal einen Streik mitgemacht und dabei arm und zum Lumpen geworden wäre. Kollege Kob. Schmidt führt den beiden Kollegen klar vor Augen, wie sie nicht nur sich und die Kollegen von Mah schädigen, sondern die gesammte Arbeiterschaft. Speziell dem Senf giebt er zu bedenken, daß wohl nur wenige wären, die nicht schon einen Streik und mehrere mitgemacht hätten, die Berliner Klavierarbeiter würden es sich, bei dem Geiste der unter ihnen herrschende gewis zur Ehrenpflicht machen ihre zum Streik gezwungenen Kollegen durch fleißiges Geldsammeln und moralisch zu unterstützen. Es ist eben ein Kowhehstreik, der für unsere Branche Bedeutung besitzt. Er führt nochmals den beiden Arbeitern alle Konsequenzen an, welche ihr Verhalten mit sich bringen wird. Auf nochmaliges Vertragen erklären diese beiden Arbeiter, daß sie dabei bleiben, die Arbeit nicht niederzulegen. Ein Antrag den v. Nowka aus dem Verein auszustossen und denselben, sowie den Senf sofort aus dem Saal zu weisen wird angenommen. — Kollege Michelsen (von Mah) führt die Art und Weise des Arbeitens in der Fabrik an. Es ist dort ein wahres Bettarbeiten gewesen. Es ist keine Rücksicht auf Gesundheit und Leben genommen worden; es wurde nur immer darauf los geschuftet, damit am Sonnabend noch ein Verdienst da war, der das Weitervegetiren des Arbeiters und seiner Familie gestaltete. Das System der Akkordarbeit wird da wahrlich zur Notharbeit. Wenn der Arbeiter einen eben noch hinreichenden Lohn verdient, da giebt der Unternehmer ab.

Redner erklärt nochmals, daß sie Alle einig seien und treu anhalten werden, bis der Fabrikant seine Forderung zurückgezogen hat. Streikbrecher haben bis jetzt angefangen: 1 Masten- und 1 Umbaumacher. Außerdem fertigt jetzt der Frontenpuzer Sauer, Gisingerstraße 4 auch noch halbe Rasten zu Hause in der Wohnung. — Kollege Wogis richtet noch einen warmen Appell an alle Klavierarbeiter, die Streikenden mit allen Mitteln zu unterstützen, es handelt sich hier um das Interesse Aller. Verschiedene Anträge über die Höhe der auszubehaltenen Unterhaltungen liegen vor, es wird schließlich der Antrag von P. Scholz: die Höhe der Unterhaltung des Streikkomitees, dem Vorstand, zu überlassen, angenommen. Kollege Riendorf trägt, daß die ausgegebenen Listen nicht auch den Stempel der Zentral-Streikkommission trage, da sich viele daran stoßen würden. Kollege Kob. Schmidt, Mitglied der Zentral-Streikkommission, führt an, daß der Streik bereits angemeldet hat und daß er zur Sprache kommen wird. Vorläufig genüge doch aber der Stempel des Vereins, da wir doch von der Branche den Streik zunächst zu unterstützen haben, dies würde auch ganz gut gehen, wenn jeder seinen Theil, vielleicht 1 Mark oder 50 Pf., je nach seinen Kräften, wöthentlich beitragen würde. Kollege P. Scholz beantragt, daß im Versammlungsbericht angeführt wird, daß die ausgegebenen Listen mit dem Vereinsstempel für vollberechtigt anzusehen sind. Der Antrag wird angenommen. Kollege Paul beantragt die Krankenunterstützung anstatt wie bisher 14 Wochen, jetzt 20 Wochen. Riendorf ist gegen den Antrag. Er meint, daß die Krankenunterstützung im Ganzen ein Fehler unserer Organisation wäre und wir viel Beachter in den Verein bekommen, die nicht aus Prinzip einer Organisation angehörten. Der Antrag wurde aber angenommen. Neu aufgenommen wurden 20 Mitglieder.